BLZ
Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bremen
09/10-2015
September/Oktober

BILDUNG & DIGITALE MEDIEN

GEW

Stoffwechsel-Störung

Dennis Rosenbaum

■ Ein 13-jähriger Schüler eines Bremer Gymnasiums kommt mit verändertem Outfit in die Schule. Er trägt plötzlich Bomberjacke und Springerstiefel. Für den Klassenlehrer deutet das auf eine Zugehörigkeit zur rechten Szene hin. Seine Bemerkung »Was ist denn mit dir los? Bist du jetzt rechts?« flankiert er mit der Weitergabe einer Telefonnummer. »Hier. Ruf da mal an!« Eine Antwort wartet er gar nicht erst ab. Der Schüler zerreißt den Zettel mit der Kontaktnummer von EXIT-Deutschland auf der Stelle und kommt am nächsten Tag wieder in seinem neuen Outfit in die Schule. Jetzt hat er sich zusätzlich eine Glatze rasiert.

Ist dieser Schüler rechts? Rechtsextrem? Lässt sich das anhand seiner Kleidung beantworten? Wollte der Lehrer das überhaupt wissen? Oder war er nur froh, eine klare Ansage gemacht und seine Ablehnung gezeigt zu haben? War er schlicht überfordert mit der Situation? Fühlte er sich provoziert und provozierte zurück? Und wie hat der Lehrer am nächsten Tag auf die neue Frisur des Schülers reagiert? Hat er ihm die Telefonnummer eines Friseurs gegeben, der auch Haarverlängerungen anbietet? Letzteres hätte vermutlich ähnlich geringe Erfolgsaussichten gehabt wie der Hinweis auf EXIT-Deutschland. Und warum überhaupt die Nummer eines Aussteigerprogramms? Ist der Jugendliche denn per Dresscode in etwas drin, woraus er aussteigen kann? Oder ist er gerade erst dabei einzusteigen? Viele Fragen. Eines scheint aber offensichtlich: Angenähert haben sich beide durch diesen Situationsverlauf eher nicht. Wäre nicht aber genau das nötig bei einem ernsthaften Interesse des Lehrers an einer Hilfestellung für den Schüler? Vielleicht will der Schüler aber gar keine Hilfe. Danach gefragt wurde er nicht. Vermutlich ist der Lehrer auch nicht die Person, mit der er sich über seine Motive für die neue Kleidung unterhalten will.

Erfahrungen aus der aufsuchenden Jugendarbeit zeigen, dass junge Menschen sehr wohl daran interessiert sein können, sich über derartiges mit Erwachsenen zu unterhalten – immerhin ist Kleidung und Style für viele ein wichtiges Element ihrer Lebenswelt, ihrer Selbstdefinition, ihrer Identität. Begegnet man ihnen allerdings voreingenommen, vorverurteilend und von oben herab, wird die Chance auf einen Dialog im Keim erstickt.
VAJA arbeitet seit mehr als zwanzig Jahren aufsuchend im öffentlichen Raum der Stadt Bremen u.a. mit Jugendcliquen, in denen sich rechtsextreme Affinitäten zeigen oder bereits manifestiert haben. Neu ist ein Angebot des Trägers, das die pädagogische Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten jungen Menschen (und ihre langfristige Begleitung) ermöglicht, die sich gerade nicht im Gruppenkontext in der Öffentlichkeit präsentieren. Wie in diesem Fall. Auch wenn der Lehrer allein aus dem Outfit seine zunächst gewagt anmutenden Schlüsse zog, so muss konstatiert werden: Er lag richtig. Der Schüler war an einem Punkt, an dem er rechtsextreme Orientierungen für sich als subjektiv sinnstiftend erachtete und diese Haltung über seine Kleidung nach Außen transportierte. Sein Auftreten war zwar politisch keineswegs eindeutig und gemessen an den aktuellen Erscheinungsformen rechtsextremer Szenen zudem recht anachronistisch, aber für ihn hatte es eine politische Bedeutung.

Letztlich verstrichen noch zwei Jahre, bis der mittlerweile 15-Jährige an anderer Stelle erneut auffiel: Seine Familie befand sich in einer Betreuung durch das Jugendamt. Ein Kollege aus der Familienhilfe stellte den Kontakt zu VAJA her. Zwei Jahre. Ein Zeitraum, in dem eine Begleitung und eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Jugendlichen schon hätte stattfinden und in dem der Verfestigung rechtsextremer Denk- und Verhaltensmuster hätte entgegengewirkt werden können. Inzwischen zeigt sich, dass er das pädagogische Angebot dankbar annimmt und zu einer Auseinandersetzung mit seinen politisch-ideologischen Haltungen bereit ist. Regelmäßig, mit Zeit und Ruhe sowie an Orten, an denen er sich gerne aufhält. Und nicht zwischen Pausenklingel und der nächsten Unterrichtsstunde. Seit einigen Monaten finden diese Termine mit einem Mitarbeiter des neuen VAJA-Teams statt. Die Rahmenbedingungen von »reset – Beratung und Begleitung bei der Loslösung vom Rechtsextremismus im Land Bremen« lassen im Übrigen auch ein Tätigwerden in Bremerhaven zu, da es sich um ein Angebot handelt, dass auf Landesebene ansetzt und damit beiden Städten des Bundeslandes zur Verfügung steht.

Dieser Text sollte nicht missverstanden und als Vorwurf gedeutet werden. Weder an den Lehrer des 15-Jährigen, noch an seine Kolleg/innen an den Schulen. Wohl wissend um die großen Herausforderungen der Lehrkräfte ist er vielmehr ein Plädoyer dafür, sich schwierigen Situationen rund um die von menschenfeindlichen Haltungen beeinflusste politische Identitätsbildung Jugendlicher nicht alleinverantwortlich zu stellen. Verschiedene Dienste bieten ihre Kooperation und Unterstützung an. Das neue reset-Team von VAJA ist einer davon.

Mehr Infos:
www.vaja-bremen.de
www.facebook.com/VAJA.Bremen
reset@vaja-bremen.de
0421-76 266

moment mal

Griechenland ist out, Flüchtlinge ist in. Nachrichten haben ihre Konjukturen

Inzwischen haben wir uns daran gewöhnt, dass in den Nachrichten und Kommentaren jeweils ein einziges Thema alles andere dominiert. Das bisherige Jahr 2015 kann man in eine Griechenland- und eine Flüchtlingshälfte unterteilen. Aus Sicht der Nachrichtenmacher lockt das Thema Griechenland seit dem Sommer keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Dabei weiß jede(r), die/die sich ein wenig mit der Euro-Krise beschäftigt hat, dass das Problem nur aufgeschoben ist. Spätestens 2018, nach Ablauf des dritten »Hilfspakets«, kommt es wieder auf die Tagesordnung.

Nur kurz, nach den Parlamentswahlen, war es dem Weser-Kurier am 22. September eine Seite wert. Dort konnte man in einem Interview mit der Bremer Europa-Abgeordneten Helga Trüpel folgende Antwort lesen: »Frage: Tsipras hat im Wahlkampf angedeutet, Änderungen am Hilfsprogramm zu versuchen. Ist das machbar? Oder sind vielmehr Verträge einzuhalten? Antwort: Ja, natürlich. Man kann die Vereinbarung nicht wieder aus den Angeln heben.«

So einfach ist das aus Sicht der Abgeordneten Trüpel. Dass der Vertrag Griechenland zu einer Schuldenkolonie macht und dem griechischen Parlament jegliche Souveränität nimmt, scheint für sie kein Problem zu sein. In der Euro-Gipfel-Erklärung vom 12. Juli 2015 heißt es: »Die Regierung muss die Institutionen zu sämtlichen Gesetzentwürfen in relevanten Bereichen mit angemessenem Vorlauf konsultieren und sich mit ihnen abstimmen, ehe eine öffentliche Konsultation durchgeführt oder das Parlament befasst wird.«

In der Bremer Bürgerschaftsdebatte am 24. September ging es um das aktuelle Haushaltsrisiko von 250 Mio., das die Vereinbarung mit dem Berliner Sanierungbeirat zunehmend unerfüllbar macht. Sollte sich die Bundes- und Landespolitik nicht ändern, so bekommt Bremen 2020 vielleicht auch eine Vereinbarung vorgelegt, in der es heißt: »Die Landesregierung muss die Institutionen zu sämtlichen Haushaltsentwürfen mit angemessenem Vorlauf konsultieren und sich mit ihnen abstimmen, ehe eine öffentliche Konsultation durchgeführt oder das Parlament befasst wird.«

Das hätte dann wieder Konjunktur bei den Nachrichtenmachern. Ob die Abgeordnete Trüpel sich dazu wohl ähnlich äußern würde? j.b.

In-Team

Griechenland ist »out«. Flüchtlingsfragen sind »in«. Das »Moment mal« in dieser Ausgabe (siehe oben) ist länger, deshalb ist das »In-Team« aber nicht »out«. Es bleibt »in« und ist in der nächsten Ausgabe wieder länger – versprochen. krü

Planung

Heft 11/12-2015: Flüchtlinge
Redaktionsschluss: 16.11.2015

Bildung – Politik – Gesellschaft

17 Flüchtlingsbeschulung – Viele Fragezeichen
K. Krüger

18 Sechster Oberschultag
Dokumentation

20 Belastung im Vorbereitungsdienst
A.S. Rosati, M. Drüge, K. Schleider

22 Gewerkschaftsfestival in England
C. Gloede, K. Krieger, M. Pees

Bildung und digitale Medien

7 Vorwort
J. Burger

8 Unter dem Joch der Digitalisten
R. Lank

10 »Kinder in der digitalen Welt«
J. Burger

11 Schöne neue Welt
W. Meyer

12 Mittel und Mittler des Lernens
K. Krüger

13 Späher der Jugend
K. Krüger

14 Ruhig Mittelmaß
I. Leipner, G. Lembke

16 Transparent – Kodex
Deutsche Vereinigung für politische Bildung

Rubriken

2 Stoffwechsel-Störung
D. Rosenbaum

4 Landesvorstand

23 Gratulationen

24 Buchtipps

26 Frischluft

27 Hinweise

28 Termine

BLZ

September/ Oktober 2015
63. (75.) Jahrgang

Impressum:
BLZ Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-337 64-0
Fax 337 64 30
blz@gew-hb.de
http://www.gew-bremen.de
http://www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten:
Mo-Do 8.00-12.30 Uhr
und von 13.00-16.00 Uhr
Fr 8-14 Uhr

Redaktion:
Jürgen Burger
Tel.: 0421-7 11 53
burger@gew-hb.de

Ingrid Emmenecker
Tel./Fax: 0421-70 12 66
ingrid_emmenecker@web.de

Karsten Krüger
Tel.: 0421-794 22 25
kruega@aol.com

Wilfried Meyer
Tel. 0170-295 3984
wilfmey@t-online.de

»Termine und Hinweise«:
Ferdinand Berghorn
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421-494 03 33
Georg_Berghorn@t-online.de

Mitarbeit:
Jan Ströh

Titelblatt:
Dr. Matthias Duderstadt
Tel.: 0421-70 16 92

Korrektur:
Gerhild Fiege

Herausgeber:
Landesverband Bremen der GEW

Verlag:
Geffken & Köllner
Druck- und Verlagsgesellschaft
Sedanstrasse 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55 70 8-0
Fax 55 70 8-22
ISDN (Leonardo): 55 70 8-21

Anzeigen:
AWB Anzeigen Werbung Berghorn
Loignystr. 27
28211 Bremen
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421- 494 03 33
Mobil: 0179-706 59 72
Georg_Berghorn@t-online.de
Z.Zt. gültige
Anzeigenpreisliste Nr. 16
vom 01.01.2010
Anzeigenschluss:
Am 30. des Vormonats

Der Bezugspreis der Bremer Lehrerzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,- € zuzüglich Zustellgebühr inkl. Mwst.
Die mit dem Namen der VerfasserInnen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion

■ Laut Bertelsmann bestätigt Bremen seinen Spitzenplatz an inklusiver Teilhabe an allgemeinbildenden Schulen. Gleichzeitig werden nirgendwo in der Republik weniger Kinder in Sondereinrichtungen unterrichtet. Diese Zahlen seien schön fürs Gemüt und die Neuauflagen der Bremer Inklusionsbroschüren, hätten aber kaum bis keinerlei Aussagekraft über Qualität und Ausstattung des Bremer Schulsystems und des inklusiven Unterrichts, so Christian Gloede, Landesvorstandssprecher der GEW Bremen.

Bremen wieder im Hochglanz des gesellschaftlichen Fortschritts

GEW zum Bertelsmann'schen Inklusionsranking

Presseerklärung vom 04.09.2015

Christian Gloede

Bernd Winkelmann

Bremen – Die Studie zeige zunächst einmal nur auf, welche strukturellen Voraussetzungen für inklusive Prozesse geschaffen worden sind, erläutert GEW-Landesvorstandssprecher Bernd Winkelmann. Dass Bremen im Sinne der Organisation des Schulsystems gute Werte erzielt, ist zufriedenstellend, sage aber nichts über die Lern- und Arbeitsbedingungen aus. Dies sei auch die wesentliche Schwäche der Studie, die sich eben nur auf den Vergleich einiger quantitativer Daten beschränkt. »Um eine profunde Einschätzung abzugeben, hätte u.a. erhoben werden müssen, wie sich das Lernen für die Schüler*innen verändert hat, welche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen mit welcher Wirkung für Lehrkräfte in welcher Verbindlichkeit eingeleitet worden sind sowie welche Wirkung die Unterstützungssysteme tatsächlich entfaltet haben,« so Winkelmann. »Und wenn man schon quantitativ herangeht, sollte die Summe zusätzlichen Personals erhoben werden bzw. die Anzahl der Sonderpädagog*innen.«

Zu kritisieren in dieser Studie ist zudem der Inklusionsbegriff (»Schüler mit und ohne Handicap«). Dieser erfasst nicht Aspekte wie Armut oder Migration; dies sind aber wesentlich Herausforderungen.

»Es ist für das kollektive Selbstbewusstsein in diesem Bundesland schön, mal wieder an der Spitze eines Rankings zu stehen, zumal es etwas Fortschrittliches suggeriert«, kommentiert Christian Gloede, Landesvorstandssprecher der GEW Bremen die aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung. Diese »schönen Zahlen« seien aber nur ein quantitativer Ausdruck einer traditionsreichen Bremer Haltung von Teilen der Politik und vor allem der Lehrkräfte und Pädagog*innen in Kitas und Schulen sowie der Eltern zu gemeinsamer Erziehung und Bildung. Bereits seit Mitte der 1980er Jahre war »Integration« in Kitas hier stark verankert – führend in der Bundesrepublik – mit Fortsetzung im Grundschulbereich. »Den Zahlen fehlt leider eine Entsprechung in der Aussagekraft über Qualität und Ausstattung des (inklusiven) Unterrichts sowie über die Belastung durch unzureichende Ressourcen«, so Gloede weiter.

Es gäbe zwar im Grundsatz keine Alternative zur Inklusion, aber eine drängende und dringende Notwendigkeit zur Realisierung von Rahmenbedingungen, die guten inklusiven Unterricht und gute frühkindliche Bildung absicherten oder auch erst ermöglichten. »Wir brauchen kleinere Klassen und Gruppen, mehr Fach- und Lehrkräfte mit behindertenpädagogischen Grund- und Fachkenntnissen sowie gut qualifizierte und bezahlte Assistenzen. Fort- und Weiterbildungsteilnahmen dürfen nicht zu weiterer Belastung der Kollegien führen. Die Unterrichtsverpflichtung muss reduziert werden, um in dieser Zeit gemeinsamen Unterricht auch gemeinsam vorbereiten zu können«.

Wer in der Qualität der Inklusion einen Spitzenplatz erreichen wolle, müsse gerade in der Anfangszeit in Köpfe und Rahmenbedingungen investieren, um Motivation zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Dies gelte im Übrigen auch für die Ausstattung der Lehrerausbildung an den Unis: »Wir brauchen mehr Mittel für die Inklusionsforschung in Fragen der Didaktik sowie eine starke Verankerung der Inklusion in allen Feldern der Ausbildung. Den engagierten Wissenschaftler*innen in diesen Bereichen muss in Bremen eine Perspektive geboten werden, bevor sie andernorts weiter forschen und lehren.«

Der wirkliche Fortschritt sei allerdings erst dann erreicht, wenn die Inklusionsquote auch in Berufsschulen und Arbeitswelt zu einer umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen führe. »Davon ist auch Bremen noch ein ganzes Stück weit entfernt«, so Gloede abschließend.

Mitgliederversammlung Stadtverband Bremen – Bereich Schule –

Dienstag, 13. Oktober 2015,
18.00 Uhr
Aula des Alten Gymnasiums
Kleine Helle 7

Tagesordnung:
1) Bericht des Vorstandes:
- Die Situation zum Schuljahresanfang (Flüchtlingsbeschulung, Haushaltslage, Gefährdungsanzeigen)

2) Personalratswahl:
- Aufstellung der Liste
- Planung des Wahlkampfes

Delegiertenversammlung Stadtverband Bremerhaven

Mittwoch, 11. November 2015,
16.00 Uhr
Gewerkschaftshaus Bremerhaven
Thema:
Aufstellung der Personalratsliste

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug BLZ angeklickt werden. Viele gekürzte Artikel sind hier in ungekürzter Form nachzulesen.

Flüchtlinge: GEW fordert Einstellungsoffensive

Petra Lichtenberg

■ Bildungssenatorin Claudia Bogedan hat in ihrer Pressekonferenz die Einstellung von 75 zusätzlichen Lehrkräften bis Ende 2015 angekündigt, um minderjährige Flüchtlinge zu beschulen. Bis zu 80 neue Vorkurse sollen 2015 noch eingerichtet werden. Hierbei will sie auch auf pensionierte Lehrkräfte und Studenten zurückgreifen. Diese Planungen sind der aktuellen Situation nicht angemessen. Das Land Bremen muss sofort eine Einstellungsoffensive starten, um gut qualifizierte Lehrkräfte und u. a. Sozialpädagogen verlässlich und in ausreichender Zahl in den Schulen einsetzen zu können. Gute Deutschkenntnisse und eine schnelle Integration sind wichtig für einen erfolgreichen Bildungsweg. Dieser fördert die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe.

Im Bildungsbereich muss die Kürzungs- und Sparpolitik endlich beendet und verantwortungsvoll gehandelt werden. Wir reden von zirka 1.600 Schulpflichtigen aus Flüchtlingsfamilien und 2.000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Für sie müssten mindestens 250 Vorkurse eingerichtet werden. Derzeit gibt es etwa 80 Vorkurse, weitere 80 sind geplant. Das bedeutet: mindestens 90 Vorkurse fehlen. Und dies erfordert nicht nur 75, sondern 150 neue Lehrkräfte.«

Für 2015 rechnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit ca. 800.000 Asylsuchenden, zirka 8.000 davon muss Bremen aufnehmen. Im Vergleich: 2013 kamen 109.580 Asylsuchende nach Deutschland, davon 1.109 nach Bremen. Darunter waren 250 Schulkinder und 180 unbegleitete Minderjährige.

Eine unzureichende personelle Ausstattung der Flüchtlingsbeschulung verschlechtert die Gesamtsituation an Bremer Schulen. Wenn die Bedingungen nicht stimmen, geht das zu Lasten einer gelungenen Integration und Akzeptanz, aber auch zu Lasten der Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler.

Deswegen fordert die GEW: Nur mit einer angemessenen, verlässlichen personellen Ausstattung können qualifizierte Sprachfördermaßnahmen organisiert, traumatisierte Kinder und Jugendliche unterstützt und mehr Klassen eingerichtet werden, denn aus den Vorkursen kommen die Schüler in Regelklassen. Auch deshalb benötigen die Bremer Schulen dringend die von Bürgermeister Carsten Sieling angekündigten 200 Lehrkräfte – und zwar jetzt zu Schulbeginn und zusätzlich.

Alarmsignal in der Lehrer*innenausbildung

Bernd Winkelmann

■ Anfang September 2015 begannen 27 angehende Lehrkräfte die zweite Phase ihrer Ausbildung, das Referendariat, in Bremerhaven. Damit blieb 1/3 der möglichen Ausbildungsplätze in der Seestadt unbesetzt. Dies ist ein erneutes Alarmsignal im Hinblick auf die zukünftige Lehrerversorgung.

Die Deputation für Bildung hatte in ihrer Sitzung am 04.03.2015 beschlossen, von den 180 zum 01.08.2015 zu besetzenden neuen Referendariatsstellen 40 nach Bremerhaven zu vergeben. Diese Summe bezieht sich auf alle Schulstufen und entspricht dem üblichen Vergabeschlüssel von 20 % der Referendare eines Jahrgangs, die in Bremerhaven ausgebildet werden.

Die Tatsache, dass nur 27 Plätze tatsächlich besetzt werden konnten, gibt Anlass zur Sorge, war es doch in den letzten Jahren zunehmend erfolgreicher gelungen, in Bremerhaven ausgebildete Lehrkräfte für die Stadt zu gewinnen. Dies ist für die Schulen von Vorteil, da diese Kolleginnen und Kollegen mit dem kommunalen System vertraut sind. Jede nicht genutzte Stelle ist damit eine vertane Chance, die Situation in der Lehrerversorgung zu verbessern.

Außerdem ist die Nichtbesetzung von Ausbildungsstellen ein fatales Signal an alle erfolglosen Bewerber*innen, die auf einen Ausbildungsplatz warten. Diese müssen sich mit Vertretungen durchschlagen oder bewerben sich in anderen Bundesländern. Nachvollziehbar für die zukünftigen Lehrkräfte ist dieses Verfahren jedenfalls nicht. Vor allem wirbt es nicht für diesen Standort.

Dass auch die Landeshauptstadt nicht alle Plätze besetzen konnte – insgesamt sind ca. 140 der 180 Stellen vergeben – beruhigt überhaupt nicht. Vielmehr ist auch das ein Hinweis, dass folgende Maßnahmen ergriffen werden müssen:

- die Attraktivität des Referendariats muss gesteigert werden, etwa durch Herabsetzung des bedarfsdeckenden Unterrichts oder durch bessere Bezahlung;
- das Nachrückverfahren ist zu überprüfen, damit eventuell abspringende Bewerber*innen möglichst lange ersetzt werden können;
- die Deputation für Bildung ist aufgefordert, die Kapazitätsverordnung für den 01.02.2016 zu korrigieren und um die jetzt freien Stellen zu ergänzen (»Nachtrags-KapVO«).

Die Senatorin, die Landespolitiker*innen und das LIS sind gefordert!

Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss auf den Prüfstand!

Anna Schütz

■ Neun von zehn wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland haben nur befristete Verträge. Sie befinden sich größtenteils in einer sogenannten Qualifizierungsphase, in der sie sich (sehr) langfristig für eine Dauerstelle in der Wissenschaft bewähren können. Diese Phasen sind seit 2007 manifestiert im Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), das Abschlüsse befristeter Arbeitsverträge mit wissenschaftlichem und künstlerischem Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen regelt. Dieses Sonderbefristungsrecht geht weit über die Befristungsmöglichkeiten des normalen Arbeitsrechts hinaus, da es erlaubt, Wissenschaftler_innen wesentlich länger als über das Teilzeit- und Befristungsgesetz ohne Sachgrund befristet zu beschäftigen. Dafür definiert es einen Qualifizierungszeitraum von sechs Jahren jeweils vor und nach der Promotion (in der Medizin neun Jahre), in dem eine befristete Anstellung möglich ist. Eine Entfristung während oder spätestens nach diesem Zeitraum ist gesetzlich jederzeit möglich, stellt in der Praxis aber eine absolute Ausnahme dar. Nach diesem Zeitraum besteht die Möglichkeit einer befristeten Anstellung über Drittmittel (Befristung mit Sachgrund). Entsprechend sind befristete Beschäftigungsverhältnisse im wissenschaftlichen Betrieb die Regel. Der Konflikt zwischen angeblich innovationsfördernder Flexibilität des Wissenschaftssystems und sicheren Arbeitsplätzen mit einer planbaren Zukunft für die Beschäftigten wurde durch das WissZeitVG zu Lasten der wissenschaftlichen Angestellten gelöst. Die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse und ein enormer Zeitdruck sind ebenso die Folge wie die Abwanderung von Wissen und Erfahrung aus dem Hochschulsystem. Die GEW findet das nicht nur unfair gegenüber den betroffenen Wissenschaftler_innen, sondern sieht auch die Kontinuität und Qualität von Forschung und Lehre substanziell gefährdet. Deshalb macht sich die Bildungsgewerkschaft seit Jahren dafür stark, das WissZeitVG auf den Prüfstand zu heben.

Anna Schütz ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bremen

www.bmbf.de/pubRD/AendWissZeitVG.pdf
http://www.gew.de/wissenschaft/wissenschaftszeitvertragsgesetz/
http://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/nach-wie-vor-schlupfloecher-im-wissenschaftszeitvertragsgesetz/

Die GEW setzt Impulse, die Politik hinkt hinterher

Bereits im Wahljahr 2014 hat die GEW mit dem Köpenicker Appell »Jetzt die Weichen für den Traumjob Wissenschaft stellen!« die neue Bundesregierung zu einer Novelle des Gesetzes aufgefordert und entsprechende Vorschläge gemacht. Dazu gehören u.a. die Aufhebung der Tarifsperre, um Gewerkschaften und Arbeitgebern zu ermöglichen, Regelungen für Befristungen in der Wissenschaft auszuhandeln, die Verankerung von Mindestvertragslaufzeiten und des Prinzips Dauerstellen für Daueraufgaben sowie der Rechtanspruch auf eine zweijährige Vertragsverlängerung für Forschende mit familiären Betreuungsaufgaben statt der bisherigen unverbindlichen Verlängerungsoption.
Die Kampagne der GEW zeigt Wirkung. Mittlerweile liegt ein Regierungsentwurf für die Novellierung des WissZeitVG vor, der jedoch hinter den Erwartungen zurückbleibt. Die Kernprobleme des Gesetzes bleiben bestehen. Auch das geänderte Gesetz enthält viele Schlupflöcher für kurze Vertragslaufzeiten, da verbindliche Mindestvertragslaufzeiten fehlen. Bestehen bleibt auch die problematische Geltung des Gesetzes für Beschäftigte, die überwiegend mit Lehraufgaben betraut sind sowie die Befristung promovierter Wissenschaftler_innen auch ohne Tenure-Track-Option. Weitere Kritikpunkte sind die Aufrechterhaltung der Tarifsperre und die unverbindliche Ausgestaltung der familienpolitischen Komponente: Es gibt bei Kinderbetreuung keinen Anspruch auf Vertragsverlängerung, für Drittmittelbeschäftigte sogar nicht einmal im Falle von Mutterschutz oder Elternzeit. »Trippelschritte führen nicht zu der Reform, auf die die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler warten«, so Andreas Keller (GEW).
Die GEW begrüßt hingegen die Streichung des nicht-wissenschaftlichen Personals aus dem Geltungsbereich des Gesetzes sowie die Einführung einer behindertenpolitischen Komponente, die Ausweitung der familienpolitischen Komponente auf Stief- und Pflegeeltern und die Verlängerung der Höchstbefristungsdauer bei Mutterschutz oder Elternzeit für sachgrundlos befristete Wissenschaftler_innen. Auch die Bindung der sachgrundlosen Befristung an die Qualifizierung ist ein richtiger Ansatz, um den Grundsatz »Dauerstellen für Daueraufgaben« umzusetzen. Sie muss aber unbedingt verbindlich ausgestaltet werden: Ohne die Vorgabe einer festen Untergrenze für befristete Verträge und einen Anspruch auf Qualifizierung in der Arbeitszeit droht die Regelung ins Leere zu laufen.

Bildung und digitale Medien

Die Bundesregierung hat gemeinsam mit den Ländern unter dem Beifall der privaten Anbieter einen »Pakt für digitale Bildung« ausgerufen. Der Einzug von Hard- und Software in den Schulen soll forciert werden. Dabei hat das Schlagwort »Digitale Bildung« das Potential zum Unwort des Jahres, wie der Autor des ersten Beitrages im folgenden Themenschwerpunkt erläutert.
In der kritischen pädagogischen Diskussion über die Rolle digitaler Medien im Bildungsprozess lassen sich drei Richtungen unterscheiden:

1) Digitale Medien schränken – zumindest in den unteren Klassenstufen – die Möglichkeiten »begreifenden«, sinnlich erfahrbaren Lernens eher ein, als dass sie ihnen nützen, und sollten daher möglichst wenig eingesetzt werden.

2) Digitale Medien können durch die Nutzung neuen Anschauungsmaterials, durch interaktive Lernsoftware und als Plattformen für Kommunikation und Organisation sinnvoll in den Schulen eingesetzt werden, wenn die Bedingungen stimmen, d.h. wenn Ausstattung und Support vorhanden sind, Freiräume zur Fortbildung der Lehrkräfte zur Verfügung gestellt werden und der Datenschutz gesichert ist.

3) Der Umgang mit digitalen Medien ist zu einer neuen Kulturtechnik geworden, die ebenso wie die Schriftsprache erlernt werden muss, um zukünftig am gesellschaftlichen Leben angemessen teilzuhaben. Dabei muss »Medienbildung« insbesondere zum kritischen Umgang mit dem Internet befähigen.

Alle diese Ansätze führen gute Argumente an und wir verfolgen nicht die Absicht, ein Urteil abzugeben, das einen davon verdammt. Vielmehr stellen wir sie in unserem Heft vor und wünschen uns eine Diskussion darüber. Schreibt uns, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Jürgen Burger

Unter dem Joch der Digitalisten

Ralf Lankau

■ Die große Koalition hat im Antrag 18/4422 den Deutschen Bundestag aufgefordert, die »Förderung der Medienkompetenz« zu beschließen, die »digitale Bildung« an Schulen voranzubringen und die digitale Spaltung zu überwinden (März 2015). Gemeinsam mit den Ländern und Bildungsträgern sei ein »Pakt für Digitale Bildung« ins Leben zu rufen, der die Aktivitäten von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bündele. Es sei, so die Informatikerin Saskia Esken, selbstverständlich, dass digitale Bildung altersgerecht unterrichtet werden müsse: ab der Grundschule. Es gehe, so der ehemalige Gymnasiallehrer Sven Volmering, nicht darum, ständig neue Fächer zu schaffen wie bei der Forderung der Wirtschaftsverbände nach dem Fach »Wirtschaft« oder der Forderung des Digitalverbandes Bitkom nach einem Fach »Informatik«, sondern um »didaktisch abgesicherte Konzepte für eine digitale Grundbildung«.

Prof. Dr. phil. Ralf Lankau lehrt an der Hochschule Offenburg

(Zuerst veröffentlicht in: FAZ vom 09. April 2015, S. 7 (Bildungswelten)

Nicht nur Pädagogen dürften sich wundern. Bereits sprachlich werden (unreflektiert oder beabsichtigt) Worthülsen der IT-Industrie übernommen, die weder mit Lehren oder Lernen noch mit Bildungsprozessen korrespondieren. Es gibt zum Beispiel keine »digitale Bildung«. Der Begriff Digital (von digit: Finger, Ziffer) beschreibt die technische Codierung von Zeichen und Signalen in binären Systemen (0/1) und deren Übertragung in Netzwerken. Digitalisiert und digitalisierbar (d.h. maschinenlesbar) sind Inhalte, vom Text bis zum audiovisuellen Film oder interaktiven Spiel, nicht aber Bildungs- oder Lernprozesse.

Computer, Software und Netzwerke sind Voraussetzung für die Produktion und Nutzung von digitalen/digitalisierten Medien, vergleichbar mit einer Bibliothek. Der Zugang zu Medien in der Bibliothek ist Voraussetzung, um damit arbeiten und lernen zu können, ersetzt aber weder Lektüre noch Lernprozesse, die Voraussetzung für Bildungsprozesse werden können. Digitale Bücher oder Filme selbst sind nur eine andere Form technischer Codierung und Speicherung. Sie bringen, siehe Hattie-Studie, in der Schule keinerlei Vorteil. Daher ist mit aller notwendigen Klarheit zu formulieren: Es gibt weder fachliche noch fachdidaktische noch pädagogische Notwendigkeiten, digitale Medien und Lehrmittel zwingend im Unterricht einzusetzen. Die einzigen, für die der Einsatz digitaler Techniken und Medien in (Hoch-)Schulen tatsächlich von Bedeutung ist, sind die Anbieter von Hard- und Software, die ihre Umsätze durch ständig zu aktualisierende IT-Produkte und Dienste auch an staatlichen Schulen verstetigen können. Alle Lehr- und Lernmedien, die heute in digitalisierter Form angeboten und genutzt werden, gab es bereits in vordigitalen Zeiten – mit exakt einer Ausnahme: dem ständigen Rückkanal bei Onlinemedien, mit dem alle Aktionen jedes einzelnen Nutzers protokolliert und an die Hersteller übertragen werden, die daraus personalisierte Profile erstellen (können).

In den USA ist daher das Tracken von Schülerdaten (der Datenverkehr in und zwischen Schulen) durch den Childrens Online Privacy Property Act (COPPA) verboten. Amerika schützt Kinder und Jugendliche bzw. deren Daten juristisch mit Androhung hoher Bußgelder vor den Begehrlichkeiten der Netzmonopolisten.

Erstaunlich auch: Die (digital-)technikaffinen USA lösen Laptop- und Tabletklassen mangels Nutzen wieder auf, während der deutsche Bundestag bereits Grundschüler ins Netz schickt?

Die erste Forderung muss daher lauten: Schulen vom Netz – bis die Rechtsgrundlage für den Datenschutz minderjähriger Schutzbefohlener (das sind Schüler/innen juristisch) sichergestellt ist. Personenbezogene Daten Minderjähriger dürfen weder gespeichert noch für deren Profilierung missbraucht werden. Daraus ergibt sich logisch die Forderung nach dem Aufbau sicherer Netzwerke (Hardware, Software, Protokolle, Verschlüsselung), mit denen in und zwischen Schulen Daten nach deutschen bzw. kontinentaleuropäischen Regeln ausgetauscht werden können. Diese lokalen und regionalen Netzwerke sind zwar das »gruseligste«, was sich Google-CEO Eric Schmidt vorstellen kann: die Balkanisierung des Netzes. Datenlokalisation bedeute, »dass die Daten nicht mehr einer amerikanischen Firma gehören«. Google eben. Das dürfte aus politischer wie pädagogischer Sicht zu verkraften sein, sollte sogar Ansporn zum Aufbau eigener Infrastruktur und Netzwerke sein.

Selbst die Begründung für Digitaltechnik in Schulen ist dürftig. Digitale Anwendungen böten »enorme Potentiale für das lebensbegleitende Lernen über alle Altersgruppen der Bevölkerung hinweg« und erlaubten »flexibles, zeit- und ortsunabhängiges Lernen«. Das gilt genau so für jedes anaolge Buch. Wer durch Kommunikationstechnik das »individualisierte und kooperative Lernen erleichtern« will, könnte mit mehr Recht Lehrer und Betreuer einfordern. Denn zwei Prämissen gelten für jedes Lernen. Jede(r) muss, was er oder sie wissen und können möchte, selbst lernen. Lernen ist Eigenleistung. Zugleich lernen Menschen von und mit anderen. Lernen ist immer auch ein sozialer Prozess. Dazu braucht man keine Technik, sondern die Präsenz aller Beteiligten.

Wer stattdessen Technik als Bedingung für inklusive Bildungssettings, Chancengerechtigkeit der Bildungssysteme und neue Lernansätze durch »Game-Based Learning« fordert, macht sich nur zum Büttel der IT-Lobbyisten. Dazu passt, dass Bundestag und Verbände der Computerspiele-Industrie unisono begrüßen (sollen), dass »serios games« weiterentwickelt und ausgezeichnet werden. Dazu passen Forderungen nach Bereitstellung der technischen Infrastruktur und die Anbindung aller

Schulen an das Breitbandnetz, die Konzeption und Standardisierung der internen Netze und Server samt professioneller Pflege aus Haushaltsmitteln sowie Programmierunterricht schon in Grundschulen, wo doch zunächst Sprach- und Leseförderung nötig ist.

Doch selbst mit sicheren Netzen blieben Termini wie digitale Bildung oder Online-Bildung (Bill Gates in seinem Jahresbrief 2015) Worthülsen. Man muss den Begriff »digitale Bildung« nur auf analoge Medien übertragen, um den Sprachnonsens zu identifizieren. Dann wären bereits Bücher an sich »analoge Bildung«. Wer über Bildung spricht (und im Bundestag abstimmt), muss präzise formulieren. Sonst entstehen Pressemeldungen wie aus dem Wirtschaftsministerium. Gesche Joost wird darin als »digitale Botschafterin« gepriesen, was semantisch bedeutet, dass sie ein Avatar, eine Computeranimation, ist (BMWi, 19. März 2014).

Soziale Selektion durch Digitaltechnik

Auch wer die »digitale Spaltung« durch Digitaltechnik überwinden will, konterkariert das beabsichtigte Ziel durch Ausstattung der Schulen mit Digitaltechnik. Beispiel Salem. Die Lehrenden waren es leid, vor übernächtigten »Smartphone-Zombies« zu unterrichten, die sich nur für ihre Geräte und Facebook-Profile interessieren. Alle internetfähigen Geräte werden daher um 21.30 Uhr eingesammelt, übrigens mit Einverständnis der Eltern. Die 13- bis 16-jährigen Schülerinnen und Schülern bekommen ihre Laptops und Tablets für Unterrichtszwecke zu Schulbeginn zurück, Smartphones erst nach dem gemeinsamen Mittagessen. Das heißt: Wohlhabende Eltern statten ihre Sprösslinge mit den neuesten Geräten aus (dafür werden Eltern geliebt), überlassen die Reglementierung eines lernförderlichen Umgangs (das Wegschließen der Smartphones über Nacht, was weniger goutiert wird) hingegen dem Lehrpersonal. Seitdem schlafen die Internatszöglinge überwiegend gutsituierter Eltern nachts wieder und nehmen ausgeschlafen am Unterricht teil. Dagegen können öffentliche Einrichtungen Kinder und pubertierende Jugendliche, jetzt auch mit Bundestagsbeschluss, gar nicht früh genug an digitale Geräten gewöhnen?

Diese Variante der »digitalen Spaltung« spiegelt sich bei Onlinekursen wider. Der Präsident des Massachusetts Institute of Technology (MIT) bezeichnet zwar das Online-Lernen und den Einsatz von Onlinekursen als »Zukunft des Lernens« – aber nur als Ausbildung für Externe, nicht für Studierende am MIT (NZZ vom 21.1.2015). Online-Kurse mit Zertifikaten würden zwar einen Wert für Job-Bewerbungen haben, es werde aber keinen MIT-Master online geben, weil man dazu Teil der Gemeinschaft auf dem MIT-Campus sein müsse. Die Präsenzlehre und das gemeinsame Lernen bleibt denen vorbehalten, die es sich leisten können. So werden soziale Unterschiede in allen Altersstufen und Bildungseinrichtungen via Digitaltechnik abgebildet und verstetigt.

Gesundheit und Bildung sind die beiden Systeme, die als nächstes auf der Agenda der Digitalisten stehen und mittels technischer Infrastruktur und Netzwerken kontrolliert und gesteuert werden sollen. Dann bestimmen Algorithmen, ob und welche Behandlungen ein Patient bekommt oder welches Lernmodul dem Lernling als nächstes auf dem Display oder Touchscreen eingespielt wird. Es sind zwei Systeme, die extrem empfindlich auf effizienz- und profitmaximierende Ökonomisierung reagieren, da sowohl ärztliche Beratung und Behandlung wie Lehr- und Lernprozesse auf gegenseitigem Vertrauen, Achtung, Respekt und Emphatie beruhen. Wer nurmehr quantifiziert und algorithmisch regelt, nimmt diesen Systemen alles Humane. Das zu verhindern ist Aufgabe der Bundestagsabegordneten und Kultusministerien ebenso wie der Eltern- und Lehrerverbände. Es wäre erschreckend, wenn sie stattdessen dem Steuerungswahn der Digitalisten zu folgten.

Buchtipps und Links zum Schwerpunkt

Klasse 7 - 10
Niveau Realschule und Gymnasium
Information konkret:
28 Anwendungsbeispiele
Kerstin Strecker, AOL-Verlag,
Hamburg 2015, 19,95 mit CD
- Lehrplanthemen erarbeiten
- in Scratch programmieren
- auf medizinische Kontexte anwenden

Kulturforum der Sozialdemokratie
Evgeny Morozow
Eine humane Gesellschaft durch digitale Technologien?
Hrsg. Wolfgang Thierse u. a.
Klartext-Verlag, Essen 2015, 9,95
Im Buch wird besonders der Frage nachgegangen, welche strukturellen und institutionellen Innovationen notwendig sind, damit Big Data nicht nur dem neoliberalen Marktradikalismus dient.

Wolfgang Schmidbauer
Enzyklopädie der dummen Dinge
oekom-Verlag,München 2015, 17,95
Der Psychotherapeut Wolfgang Schmidbauer überrascht in sein er persönlichen Enzyklopädie über die Welt der Dinge mit Einsichten, die erklären helfen, warum der technische Fortschritt unser Leben nicht nur bereichert, sondern seine Nutze auch «dümmer" werden lässt.

http://www.gew-berlin.de/public/media/20150622_streit1-kompetenzen.pdf
Streitschriften zur Bildung, Heft 1. Hrsg. Fachgruppe Grundschulen der GEW BERLIN. Online Version, entsprechend der zweiten Druckauflage Berlin, Juni 2015

Konrad Paul Liessmann: »Geisterstunde: Die Praxis der Unbildung. Eine Streitschrift«, Zsolnay Verlag, 176 Seiten, 18,40 Euro.
Manfred Spitzer, Digitale Demenz. Droemer, München 2012

http://bildung-wissen.eu
http://www.3sat.de/page/?source=/nano/technik/183277/index.html
http://rollenspielsucht.de/Aktuell.html
https://www.ins-netz-gehen.de/check-dich-selbst/bin-ich-suechtig https://www.youtube.com/watch?v=ePVSBg8nscA
http://www.bildungsserver.de/OER-im-Schulbereich-10854.html
http://www.bildungsserver.de/Medien-und-Bildung-2675.html

»Kinder in der digitalen Welt«

Eine Studie über digitale Medien im Alltag der 3- bis 8-Jährigen

Die Studie ist auf der Homepage der DIVS verfügbar.

■ In der zahlreichen Literatur über die Veränderung des Lernens und der Kommunikation ist häufig von »Digital Natives« die Rede, im Gegensatz zu den »Digital Immigrants«, zu denen die Eltern und Lehrkräfte gehören. Diese Konstruktion geht davon aus, dass digitale Medien in der Lebenswelt der Kinder alltäglich geworden sind. Über das Ausmaß ist im April 2015 eine Studie erschienen: Die DIVSI-U9-Studie. Hinter dem Kürzel DIVSI steht das »Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet«, eine Gründung der Deutschen Post AG, die bereits vorher eine Untersuchung über die Nutzung des Internets durch 9- bis 24-Jährige veröffentlicht hatte.

»Sehr unterschiedliche Internet-Milieus«

Die neu vorliegende Studie wurde vom Heidelberger SINUS-Institut durchgeführt und gliederte sich methodisch in zwei Schritte: eine qualitative Vorstudie, bei der 28 Interviews mit Kindern und Eltern durchgeführt und die Fragestellungen präzisiert wurden, und eine Repräsentativbefragung von 1832 Eltern 3- bis 8-jähriger Kinder und von 1029 6- bis 8-jährigen Kindern. Es wurde die faktische Nutzung digitaler Medien durch Kinder erhoben, d.h. der Umgang mit Endgeräten, die jeweilige Nutzungsdauer und die Aktivitäten im Netz. Die Ergebnisse wurden mit der Einkommenssituation, dem formalen Bildungsgrad und den Wertorientierungen der Eltern verknüpft. Mit dieser Verknüpfung konnte gezeigt werden, dass für die Kinder sehr unterschiedliche Internet-Milieus entstehen, die in der Studie folgendermaßen typisiert werden: Sie unterscheidet »Digital Souveräne« (26%), »Effizienzorientierte Performer« (19%), »Unbekümmerte Hedonisten« ((18%), »Postmaterielle Skeptiker« (13%), »Verantwortungbedachte Skeptiker« (13%), »Ordnungsfordernde Internet-Laien« (9%) und »Internetferne Verunsicherte« (6%).

»42% der 6- bis 8-jährigen Kinder sind bereits online«

Zusammenfassend schreiben die AutorInnen: »Die zunehmende Digitalisierung des Alltags ist bereits bei kleinen Kindern fest im Familienleben verankert – als Thema und im konkreten Handeln. Die ersten Schritte im Netz finden deutlich vor dem neunten Lebensjahr der Kinder statt: 42% der 6- bis 8-jährigen Kinder sind bereits online, und in jeder zehnten Familie beginnt die Internetnutzung bereits im Alter von drei Jahren. Jenseits dieser rein faktischen Internetaktivität zeigen die Ergebnisse der Untersuchung aber vor allem, wie weichenstellend bereits diese ersten Jahre dafür sind, wie Menschen sich im Netz bewegen, welche Einstellungen sie zu Chancen und Risiken digitaler Medien entwickeln, welchen Personen bzw. Institutionen sie ihr Vertrauen schenken und welchen Internetakteuren sie ihre Daten überlassen.« (S. 131)

Die »Digital Natives« sind ein Mythos

»Nahezu alle Kinder haben großes Interesse an digitalen Medien und am Internet, und ob sie Zugänge zu dieser Welt haben, ist keine Frage des Bildungshintergrundes oder des zugehörigen Geldbeutels. Aber hier hören die Gemeinsamkeiten bereits auf (...) Je häufiger und selbstverständlicher die Eltern selbst im Netz unterwegs sind, desto eher sind auch ihre Kinder online und desto selbstsicherer präsentieren sich diese hinsichtlich ihrer eigenen Internet-Kompetenzen.« (...)

»Die Studie zeigt, dass zwar alle Kinder auf den ersten Blick im Internet vorrangig das Gleiche tun, nämlich spielen. Es sind aber bereits hier deutliche Unterschiede entlang des elterlichen Bildungshintergrunds erkennbar: Kinder bildungsnaher Eltern spielen neben Unterhaltungsspielen häufiger auch Lernspiele und haben ein breites Interesse an Online-Angeboten (z.B. Videos, Filme, Bilder und Suchmaschinen). In Familien mit geringerem formalen Bildungsgrad wird insgesamt erheblich mehr Zeit mit digitalen Medien (insbesondere Smartphones und Computern/Laptops) verbracht. Gleichzeitig wird hier seitens der Eltern häufiger davon ausgegangen, dass man Kinder beim Erlernen des Umgangs mit digitalen Medien kaum anzuleiten bräuchte (...) Die in den einschlägigen Medien geführten Debatten zur Chancengleichheit in Zeiten der Digitalisierung scheinen an Eltern nicht spurlos vorüber zu gehen (...) Diese Erkenntnisse verweisen darauf, dass digitale Teilhabe bereits für einen großen Teil der Eltern zu einem integralen Bestandteil eines allgemeinen ›Bildungswettrüstens‹ geworden ist, d.h. der bestmöglichen Ausstattung ihres Nachwuchses mit einer umfassenden Palette von Kompetenzen, die in einer unübersichtlich gewordenen Welt mit unsicheren Zukunfts- und Berufsaussichten am ehesten als Erfolg versprechend eingeordnet werden.«

Dabei zeigte sich in der Befragung, dass viele Eltern in Sicherheitsfragen überfordert sind. Bezeichnend ist, dass in der Studie am Schluss – wie in vielen anderen Fragen – die kompensatorische Rolle der Schule betont wird. Sie soll es wieder einmal richten.

Jürgen Burger

Schöne neue Welt

Gibt es Überforderungen und für wen?

Wilfried Meyer

■ Gibt es Überforderungen und für wen?

»Hilfe, mein Sohn wird umgebracht!« rief die Mutter die Polizei zu Hilfe, nachdem ihr 16 jähriger Sohn aus dem Gröpelinger Kino eine SMS geschrieben hatte. Polizeieinsatz, Räumung der Kinos. Hohe Folgekosten für die Mutter, denn die SMS lautete »Nicht abholen, werde rumgebracht!« Schreiben und lesen wird schwieriger für Viele, über 5 Millionen Analphabeten hat Deutschland. Um mit Medien umgehen zu können, wird die geschriebene Sprache immer wichtiger. Es sei denn das Gestammel und die Bildersprache in den sozialen Medien wird als Sprache deklariert, Kommunikation scheint es schon zu sein.

Hyperaktiv

Die neuesten Zahlen über Medienkonsum, Alter der Konsumenten, Ansteigen von Abhängigkeit, Zunahme der Konzentrationsunfähigkeit, ADHS-Kinder und Jugendliche, Analphabetentum, wenn sie denn ernst genommen würden, zeigen zumindest Gefahren und Veränderungen auf, die offensiv besprochen werden müssen. Und werfen viele Fragen auf, die von Pädagogen, auch an sich selbst, gestellt oder beantwortet werden müssen. Kann man sich im Umgang mit Medien darauf zurückziehen zu sagen: »Das machen doch alle, liegt im Trend!«?

Schule

Von Schule wird verlangt »Medienkompetenz« für Kinder und Jugendliche zu erreichen. Darauf ist die Schule noch in keiner Weise vorbereitet. Unser Landesinstitut und die Landesmedienanstalten reden von »digitaler Bildung« und dem »Ziel der digitalen Endgeräte für den Unterricht«. Andere sammeln die Geräte schon wieder vor dem Unterricht ein, weil sie die persönlichen, kommunikativen Lernprozesse stören. Auch nachts in Internaten wird mehr auf den Schlaf als auf »soziale Netzwerke« geachtet. Muss ein Internet-Surfschein in der Grundschule gemacht werden, der Fragen wie »Was sind Internet Explorer, Firefox, Chrome und Safari?« oder »Was ist AGB?« an z.B. Achtjährige stellt? Bunte Bilder, Filme, Fotos, Spiele, das interessiert natürlich, aber ist das Medienkompetenz, wenn man sich das auf Phone oder Tablet wischen kann? Und was heißt dieses im Rahmenplanentwurf des LIS: »Die kritische Distanz zu medialen Welten ist eine Grundvoraussetzung zur Teilhabe und Mitgestaltung der gegenwärtigen und zukünftigen Welt«? Und wird eine Recherche im Internet eine Recherche, wenn kein Pädagoge danebensteht? Genau das bestätigt auch die gerade veröffentlichte OECD-Pisastudie »Students, Computers and learning«: Das Digitale macht nur effizienter, was schon effizient ist. Viele Nutzer spielen, chatten und lassen sich unterhalten. Je moderater der Einsatz der Technik, desto mehr Erfolg. »Um die Versprechungen einzuhalten, die die Technologie macht, werden Länder eine überzeugende Strategie brauchen, um Lehrerkapazitäten aufzubauen. Und politische Entscheidungsträger müssen besser werden darin, Unterstützung aufzubauen für diese Aufgabe. Bei den Unsicherheiten, die alle Veränderungen begleiten, werden Pädagogen sich immer dafür entscheiden, den Status quo zu behalten. Wenn wir die Unterstützung für mehr Technologie-ausgestattete Schulen mobilisieren wollen, müssen wir die Notwendigkeit besser kommunizieren und die Unterstützung für den Wandel aufbauen. Wir müssen investieren in die Kapazitätsentwicklung und die Fähigkeiten zum Wandel, stichhaltige Beweise vorlegen, dieses den Institutionen zurück spiegeln, und all das unterlegen mit einer nachhaltigen Finanzierung. Last but not least, ist es wichtig, dass Lehrer aktive Akteure für den Wandel werden, nicht nur bei der Umsetzung von technologischen Innovationen, sondern auch bei ihrer Gestaltung« (Schleicher, OECD, Vorwort Studie) Und selbst in der technischen Grundausstattung und sämtlichen Kapazitäten sind wir von notwendigen Voraussetzungen für den sinnvollen Einsatz im Unterrichtweit entfernt.

Frage und Diskussion

Wenn Fahrradfahren im Verkehr für unter Achtjährige eine geistige Überforderung ist, weil sie den komplizierten Verkehr nicht antizipieren können, muss man dann nicht die Frage stellen, ob die neuen Medien nicht auch eine Überforderung darstellen, wobei das wachsende Gehirn dieses Trommelfeuer an Informationen und Daten noch nicht verarbeiten kann? Spräche einiges dafür, auch für die Einführung von Buchklassen statt Tabletklassen zu fordern? Und eines ist doch klar: Wenn man von uns eine Individualisierung, ein Eingehen auf die einzelne wachsende Persönlichkeit und deren Lernprozesse in Kita und Schule fordert, dann müssen wir auch beurteilen können, ob für dieses oder jenes Alter, ob für dieses oder jenes Kind auf einer bestimmten Entwicklungsstufe ein eng begleiteter Umgang mit den neuen Medien geeignet oder aber ungeeignet ist! Wie hält man dann die Medien fern? Und spielen die Eltern in großem Umfang mit, was ja eine Bedingung wäre, um nicht bei ein paar Schulstunden auf verlorenem Posten zu stehen? Das ist eine riesige Herausforderung für die Pädagogen, die wir ohne intensive Erörterung, Fortbildungen, Ausbildung und Ausstattung nicht in der Lage sind zu meistern.

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug BLZ angeklickt werden.

Viele gekürzte Artikel sind hier in ungekürzter Form nachzulesen.

Mittel und Mittler des Lernens

Medienfachtag an der Uni Bremen zum Thema »Mit Medien Schule gestalten«

■ Für Kinder und Jugendliche sind Internet, Computerspiele, Smartphones und das Tummeln in sozialen Netzen selbstverständlich. Die Lebenswelten von Lehrkräften und anderen Erwachsenen werden durch Medien ebenfalls geprägt – aber langsamer und es wird mit weniger Euphorie zugelassen.
Schulleiter begleiten den Einsatz digitaler Medien nach einer Befragung mehrheitlich positiv, wenngleich mit unüberhörbaren kritischen Untertönen. Während die Vorteile digitaler Medien in der besseren Visualisierung, der schnelleren Informationsrecherche und der höheren Motivation der Schüler gesehen werden, wird die häufig naive und unreflektierte Nutzung von Smartphones, Google und Social Media als ernstes Problem bewertet.

Die TeilnehmerInnen des Medienfachtags bekamen Antworten auf zentrale Fragen: Wie lassen sich neue Medien für neue Lernerfahrungen nutzen? Wie können sie selbstgesteuertes und individualisiertes Lernen unterstützen? Wie kann die Unterrichtsqualität mit Hilfe von Medien verbessert werden?
Und ihnen wurde bewusst, dass Medien – vom Buch bis zur Website, vom Radiobeitrag bis zu sozialen Netzwerken – heute Mittel und Mittler der Kommunikation und des Lernens sind. Wenn die Schule auf das Leben vorbereiten soll, muss sie die Medien als Gegenstand und Werkzeug der Bildung viel stärker noch als bisher berücksichtigen, hieß es. Karsten Krüger

Die Fotos auf den Seiten 13-16 zeigen Referent/innen und Mitarbeiter/innen des Medienfachtages. Wir haben sie gebeten, zu unserem Schwerpunktthema spntan ihre ersten Gedanken zu äußern. Die Fotos wurden von Johanna Harting aufgenommen, die bei der GEW Bremen als FSJ-Mitarbeiterin hospitiert.

Die Universität Bremen war Gastgeberin des Medienfachtages

Späher der Jugend

Die Möglichkeiten des Internet passen ideal zu den Bedürfnissen und Aufgaben der jugendlichen Lebensphase, meint das ServiceBureau Jugendinformation

Karsten Krüger

■ Jugendliche haben keine Probleme mit Medien und Mediennutzung, jedenfalls aus ihrer eigenen Sicht. Eltern oder Lehrer teilen diese Einschätzung selten. Sie sehen beim Thema Internet eher die Risiken als die Chancen. Genau diese Meinungsdifferenz will das ServiceBureau Jugendinformation (SBJ, www.servicebureau.de) neutralisieren oder mindestens verkleinern. Dieses Ziel verfolgt auch der Medienpädagoge Markus Gerstmann, Bildungsreferent im SBJ. »Jugendliche haben meistens eine unbedarfte Neugier, Eltern und vor allem Lehrkräfte versuchen sich dem Thema ›Umgang mit Medien‹ eher interlektuell zu nähern. Wir im SBJ übernehmen da eine Moderationsrolle.«

Im vergangenen Schuljahr waren Gerstmann und seine KollegInnen mehr als 30 Mal zu Fortbildungstagen in Bremer Schulen, vor allem in 5. bis 7. Klassen. Und eins regt das SBJ-Team immer an: »Smartphones sollten viel mehr und öfter zu einem Lernwerkzeug werden.« Aber in der Realität sieht es häufig anders aus. »Die mobilen Geräte sind im Unterricht häufig verboten, die Jugendlichen müssen ihre Smartphones verstecken oder versteckt nutzen«, so Gerstmann.

Das SBJ-Büro in der Grünenstraße liegt zentrumsnah, aber die MitarbeiterInnen warten nicht auf Besuch, sondern gehen dorthin, wo ihre Zielgruppen sind. »Unser Name ist für uns Programm: Wir arbeiten service- und kundenorientiert.« Das SBJ will den Vorsprung der Jugend in Sachen Medien- und Internetnutzung nicht zu groß werden lassen, um so besser und langfristig Hilfestellungen geben zu können.

»Die Freizeit der Jugendlichen ist unterrichtsfremd. Viele Lehrkräfte haben es deshalb schwer, digitale Medien sinnvoll in den Schulalltag zu integrieren.«

Das gemeinnützige SBJ betreibt die Homepage »jugendinfo.de« – den Jugendserver für das Land Bremen und informiert über alle jugendrelevanten Themen. Mit dem unabhängigen und kostenlosen Angebot soll das Bedürfnis der jungen Menschen nach Information befriedigt werden. Im Leitbild des SBJ heißt es entsprechend: Vernetzte Medien spielen im Alltag der Jugendlichen eine wichtige Rolle. Uns ist es wichtig, dass sich Erziehende mit diesem Thema auskennen, damit sie Jugendlichen als kompetente Ansprechpartner zur Verfügung stehen können. Wir erklären die Motivation des jugendlichen Handelns, weisen dennoch auf Risiken hin, werben für Gelassenheit und fördern die Kommunikation zwischen den Generationen. Denn nach Einschätzung der SBJ droht nämlich kein totaler Kontrollverlust durch die Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen. »Die Heranwachsenen machen erstmal nichts falsch, aber der eine oder die andere braucht dennoch eine Medienkompetenzförderung und vor allem gute Vorbilder. Der Umgang der Eltern mit digitalen mobilen Medien hat einen großen Einfluss auf das eigene Verhalten.«

Dass Stressfaktoren im Netz wie zum Beispiel Cyber-Mobbing Rechtsextremismus oder Sexting für Jugendliche bestehen, geht das SBJ offensiv an – zum Beispiel mit dem Fachtag »Netzspannung²« am 12. November. Die Vorträge im Lidicehaus »Klick für Klick zur sexuellen Selbstbestimmung«, »Neonazis im Weltnetz«, »Angriffe via Netz« oder »Werte-Navi fürs digitale Leben« soll informieren und über Handlungsmöglichkeiten aufklären.

ServiceBureau Jugendinformation
Grünenstraße 7, 28199 Bremen
Tel.: (04 21) 33 00 89-11
Homepage:
http://www.servicebureau.de
eMail: serviceb@jugendinfo.de

Marion Brüggemann, Diplom Pädagogin am Institut für Informationsmanagement Bremen: Medienbildung und Schule gehört zusammen. Der Medienwandel durchdringt alle Bildungsprozesse.

Peter Andreas Sidro, Vetrieb/ Marketing itsleaning: Wer Schulentwicklung in einer digitalisierten Welt betreiben will, braucht ein digitales Lern- und Arbeitsumfeld.

Gisela Grindl, Akademie für Weiterbildung an der Universität Bremen: Digitale Medien sollten im Unterricht eingesetzt werden und zwar auf eine vernünftige Art und Weise – nach dem Motto: Nutzen, was vorhanden ist.

Warum Deutschland ruhig Mittelmaß sein kann

Ingo Leipner

Ingo Leipner und Gerald Lembke

■ »Eine Kindheit ohne Computer ist der beste Start ins digitale Zeitalter«, so die erste These, die Gerald Lembke und ich in unserem Buch formulieren. Titel: »Die Lüge der digitalen Bildung«. Paradox? Eher ein bewusster Kontrapunkt zum Digital-Diskurs, der im Moment recht einseitig in der Öffentlichkeit läuft.

Fast einstimmig wird verkündet: Deutschland liegt bei der Digitalisierung der Schulen weit zurück, wir verpassen den Anschluss an globale Entwicklungen. Unterschwellig klingt mit, unser Wohlstand sei in Gefahr. So das fast einhellige Echo auf die »ICILS 2013«-Studie, die im November 2014 erschienen ist. Sie attestierte deutschen Achtklässlern nur Mittelmaß, wenn es um die Nutzung von Computern geht. Daher ist die Digitalisierung der Schulen mit Volldampf voranzutreiben, so die einhellige Forderung aus Politik und Wirtschaft.

Wir ziehen aber ganz andere Schlussfolgerungen aus dieser weltweiten Vergleichsstudie. Unsere sechste von zehn Thesen im Buch lautet:

Kinder müssen eine bestimmte kognitive Entwicklung durchlaufen haben, bevor sie sinnvoll mit Computern arbeiten. Das dürfte ab einem Alter von etwa 12-14 Jahren der Fall sein. Vorher kann die Konfrontation mit digitalen Medien mehr schaden als nutzen.

Dabei orientieren wir uns am **Vier-Stufen-Modell der kognitiven Entwicklung**, das der Entwicklungsbiologe Jean Piaget entwickelt hat. Dieses Modell schildern wir ausführlich im Buch, und zwar als Grundlage unserer Überlegungen. Die 13- bis 14jährigen der »ICILS 2013«-Studie stehen am Anfang ihrer vierten »formal-operatorischen Phase« (ab 12 Jahre). Bemerkenswert ist, dass in diesem Lebensabschnitt Kinder zum ersten Mal in der Lage sind, wirkliche Denkoperationen durchzuführen – und ihre Urteile eher auf Logik als auf Wahrnehmung aufbauen. Ihr Abstraktionsvermögen nimmt langsam zu, es fällt ihnen aber noch schwer, sich Gedanken systematisch über hypothetische Situation zu machen.

In unseren Augen passt das zu den Ergebnissen, die Wissenschaftler über die Medienkompetenz unserer Kinder gewonnen haben: Bei der »ICILS 2013«-Studie landeten 29,2 Prozent der Schüler auf den basalen Kompetenzstufen I und II. Außerdem kamen 45,3 Prozent nicht über die Kompetenzstufe III hinaus. Fast die Hälfte aller Schüler ist nur mit Hilfestellung in der Lage, am Computer zu arbeiten. Nur 1,5 Prozent der Schüler erreichten die höchste Kompetenzstufe V. **Alles kein Beinbruch, weil die Entwicklungsbiologie kaum etwas anderes erwarten lässt.**

Wir sollten einsehen, dass das kindliche Gehirn eine Großbaustelle ist, bis zum Alter von 12 bis 14 Jahren – und weit darüber hinaus. Allmählich reifen kognitive Funktionen, allmählich werden die Kinder erwachsen und lernen, über sich und die Welt nachzudenken. Da nützt es nichts, Grundschülern ein Tablet in die Hand zu drücken. In der illusorischen Erwartung, sie würden so »früh« Medienkompetenz aufbauen.

Auch die Neurobiologin Prof. Gertraud Teuchert-Noodt kommt zu dem Schluss, dass ab der »formal-operatorischen Phase« weniger Gefahren für das kindliche Gehirn existieren:

»Dramatische Folgen dürften ausbleiben, wenn es ab dem 12. bis 14. Lebensjahr zu einer gemäßigten ersten Nutzung digitaler Medien kommt. Vorausgesetzt, die Jugendlichen haben bis dahin ihren kognitiven Rucksack gut gefüllt – mit reichen Erfahrungen aus unserer realen Umwelt.« (Gastbeitrag in unserem Buch: »Zu Risiken und Chancen fragen Sie das Gehirn«).

Diese Aussage macht Mut: »Eine Kindheit ohne Computer ist der beste Start ins digitale Zeitalter«. So lautet unsere Kernthese. Und jetzt löst sich die scheinbare Paradoxie auf: Wir wollen Kinder nicht zu »Digital-Analphabeten« machen, wie es Dr. Rohleder (BITKOM) befürchtet, falls nicht jeder Schüler ein Tablet im Ranzen hat. Im Gegenteil: Wir wollen, dass kritische, selbstbewusste und informierte Bürger im Internet unterwegs sind. Dazu ist es wichtig, Kinder **im richtigen Lebensabschnitt** mit digitalen Kompetenzen auszustatten.

Dazu gibt die Neurobiologie klare Antworten: Kinder brauchen eine starke Verwurzelung in der Realität, bevor sie sich in virtuelle Abenteuer stürzen. Ihr Gehirn entwickelt sich besser, wenn kein Tablet oder Smartphone reale Welterfahrung verhindert, etwa in der Zeit bis zur Pubertät. Denn ihre **senso-motorische Erfahrungen** sind die notwendige Grundlage, um Denkstrukturen aufzubauen, die bei einer gesunden Entwicklung im Gehirn entstehen müssen. Das meint die Neurobiologin Prof. Teuchert-Noodt mit einem »kognitiven Rucksack«, der gut gefüllt sein soll – mit greifbaren Erfahrungen aus der realen Welt. Und genau solche Erlebnisse gibt es vor keinem Bildschirm, der leider immer mehr **Lebenszeit** der Kinder frisst.

Wir wünschen uns mehr Gelassenheit. Gönnen wir den Kindern doch ihre Kindheit – mit Toben, Purzeln, Malen und Singen. Tablets bringen nichts im Kindergarten. Statt Milliarden in IT-Infrastruktur zu investieren, sollten wir das Geld besser für Erzieherinnen ausgeben. Sie stehen an vorderster Front. Ihr Einfühlungsvermögen entscheidet, wie sich unserer Kinder entwickeln. Da kann es nicht sein, dass wir sie beim Start in den Beruf mit rund 2.200 Euro brutto abspeisen. Trotz ihrer wichtigen Rolle im Bildungsprozess.

Unser Buch orientiert sich an der **kognitiven Entwicklung der Kinder,**

entscheidend ist für uns die Erkenntnis: Wenn das Bildungssystem Kinder nicht zu früh mit Digitalität konfrontiert, sind sie ab der Pubertät eher in der Lage, vernünftig damit umzugehen. Eine Frage der Entwicklungsbiologie: Jugendliche entfalten ihr volles kognitives Potenzial, wenn die Reifung des Gehirns in den ersten Lebensjahren ohne Störung verläuft.

Für junge Erwachsene sind digitale Medien ein Gewinn, sobald sie eine wirkliche Medienkompetenz aufbauen. Sie bedeutet aber viel mehr als die »Wisch- und Bedienkompetenz« der »Digital Natives«, denn die Arbeit am Computer erfordert ein hohes Maß an Konzentrations- und Kritikfähigkeit. Um diese Themen sollte sich der Bildungsauftrag der Schulen im digitalen Zeitalter drehen.

Fazit: Da Bildschirme immer mehr Lebenszeit kleiner Kinder fressen, besteht die Gefahr, dass ihre Gehirnentwicklung leidet. Wahrscheinlich werden sie später nicht kompetent mit digitalen Medien umgehen. Wer sie aber in ihrer senso-motorischen Entwicklung fördert, legt den Grundstein für Konzentrations- und Kritikfähigkeit – nämlich genau für die Kompetenzen, die später im Umgang mit Digitalität gefragt sind. Diese zentralen Fähigkeiten diskutieren wir ebenfalls ausführlich in unserem Buch. Vor diesem Hintergrund plädieren wir für digitalfreie Oasen in Kindergärten und Grundschulen. Denn: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans viel besser.

Die zehn Thesen

Buch: »Die Lüge der digitalen Bildung. Warum unsere Kinder das Lernen verlernen«

These 1:
Eine Kindheit ohne Computer ist der beste Start ins digitale Zeitalter.

These 2:
Je jünger die Kinder sind, desto sinnvoller ist es, sie überhaupt nicht dem Einfluss elektronischer Medien auszusetzten.

These 3:
Ob Werbung oder nicht – bereits die verführerischen Klick-Optionen im Internet überfordern unsere Kinder, weil sie noch nicht über eine ausreichende Impulskontrolle verfügen.

These 4:
Kinder erleben in unserer Welt genug Digitalität. Da ist es kontraproduktiv, den Umgang mit Computern in Kindergarten und Schule zu forcieren.

These 5:
Wer bei einem Lernprozess die Wahl zwischen realen und virtuellen Hilfsmitteln hat, sollte sich für die Realität entscheiden – und auf »eLearning« so oft wie möglich verzichten.

These 6:
Kinder müssen eine bestimmte kognitive Entwicklung durchlaufen haben, bevor sie sinnvoll mit Computern arbeiten. Das dürfte ab einem Alter von etwa 12-14 Jahren der Fall sein. Vorher kann die Konfrontation mit digitalen Medien mehr schaden als nutzen.

These 7:
Wir brauchen mindestens in Kindergarten und Grundschule digitalfreie Zonen, damit Kinder vor allem Lernerfahrungen machen, die zu ihrer kognitiven Entwicklung passen.

These 8:
Egal ob Tablet oder Kreidetafel – die Qualität des Unterrichts steht und fällt immer mit der Persönlichkeit des Lehrers.

These 9:
Die Digitalisierung der Bildung erfolgt in erster Linie technologie- und ökonomiegetrieben – pädagogische Konzepte entstehen erst als Abfallprodukt.

These 10:
Junge Erwachsene sollten über umfangreiche Medienkompetenz verfügen, um anspruchsvolle Aufgaben in Ausbildung und Studium zu lösen. Diese Fähigkeiten erwerben sie, wenn sie kognitiv zu Abstraktion und Selbstreflexion in der Lage sind (ab 12-14 Jahren).

Katharina Heitmann, Bremische Landesmedienanstalt: Digitale Medien sind bei Jugendlichen fest verankert. Sie sollten ihr Medienverhalten kritisch reflektieren.

Prof. Dr. Karsten D. Wolf, Universität Bremen: Digitale Medien erweitern die didaktischen Möglichkeiten für Lernende und Lehrende.

3. Martina Klindworth, Zentrum für Medien am Landesinstitut für Schule: Tabletgestützte Systeme sind vorteilhaft. Sie sollten differenziert eingesetzt werden.

Transparenz-Kodex für Unterrichtsmaterialien

Deutsche Vereinigung für politische Bildung fordert Klarheit über Geldgeber, Herausgeber und Autoren

■ Lobbyisten umwerben Schulen und Lehrkräfte so intensiv wie nie zuvor mit kostenlosen Unterrichtsmaterialien. Anders als Schulbücher werden diese Materialien nicht unabhängig geprüft oder ministeriell zugelassen. Weil häufig nicht einmal die Urheberschaft entsprechender Lehr-und Lernmaterialien ersichtlich ist, dringen vermehrt einseitige Positionen in den Schulunterricht.
Deshalb hat die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) einen Transparenz-Kodex entwickelt. Der Kodex fordert die Kultusministerien auf, eine transparente Kennzeichnung von Unterrichtsmaterialien durchzusetzen. Zukünftig sollen alle in Schulen genutzte Materialien Angaben über Produzenten, Finanziers und unterstützende Organisationen enthalten.

Insbesondere finanzkräftige Wirtschaftsverbände und Konzerne überschwemmen die Schulen zunehmend mit kostenlosen Unterrichtsmaterialien. Diese beschäftigen sich mit gesellschaftlichen und politischen Themen wie soziale Sicherung oder Energiewende sowie mit lebenspraktischen Fragen wie private Altersvorsorge oder Geldanlage. Die Anbieter nutzen die Unterrichtsmaterialen oft dazu, das Thema einseitig nur aus ihrer Sicht darzustellen, um die Lernenden im Sinne ihrer Weltanschauung und Interessen zu beeinflussen. Das Spektrum reicht von einschlägigen Formen der Meinungsmache bis hin zur Kundenakquise. Besonders stark tritt die Versicherungs-und Finanzindustrie an Schulen auf.
Viele Anbieter versuchen zu verschleiern, wer genau das Material beauftragt, produziert und finanziert hat. Deshalb ist es für Lehrende und Lernende häufig nicht oder nur schwer ersichtlich, welche Lobby hinter einem Material steht. Manche Anbieter verstecken sich hinter Vereinen mit wohlklingenden Namen. Diese Intransparenz erschwert es Lehrenden und Lernenden, sich kritisch mit den Absichten der Finanziers und Autoren auseinanderzusetzen.

Die zunehmende Praxis von Lobbyisten, die Unterrichtsfächer des gesellschaftlichen Lernens mit nicht gekennzeichnetem Werbematerial zu unterwandern, alarmiert die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB). Als Fachverband der Politischen Bildung in Deutschland mit über 2000 Mitgliedern aus Schule, Hochschule und Erwachsenenbildung hat die DVPB deshalb einen Transparenz-Kodex entwickelt. Sie fordert die Kultusminister auf, diesen aufzugreifen und umzusetzen.

Vier Regeln
Die vier Regeln des DVPB-Transparenz-Kodex für Unterrichtsmaterialien definieren die Mindestanforderungen an Transparenz in Schule und Unterricht:

1. In Schule und Unterricht verwendete Materialien Dritter müssen im Impressum nicht nur die Herausgeber, sondern auch die Finanzierungsquellen sowie die Herstellung und Vertrieb unterstützenden Organisationen angeben.
2. Sofern dies aus Platzgründen als nicht praktikabel erscheint, muss das Material einen direkten Link zu einer Webseite mit diesen Informationen enthalten.
3. Wird eine Organisation wie z.B. ein Verein, eine Stiftung oder ein Institut als Förderer oder Finanzierer angegeben, sind auch deren Geldgeber explizit, vollständig und leicht auffindbar zu nennen.
4. Die Autorinnen und Autoren des Materials sind ebenso zu nennen wie ggf. ihre Zugehörigkeit zu einer Organisation.

Weitere Informationen:
Prof. Dr. Reinhold Hedtke
(reinhold.hedtke@uni-bielefeld.de), der im Bundesvorstand der DVPB für den Kodex zuständig ist.

Klassenfahrten
Ostfriesland – Nordsee – Inseln
5 Tage Halbpension ab 99,00 €
Aktive Programme für alle Altersstufen: Wattwandern, Surfen, Kanu- und Fahrradtouren, Piratenwoche, Meyer Werft, VW, Inseltouren, Klettern, Skaten, Seehundstation, Aktionstag Moor
Sie buchen – wir organisieren alles Weitere!
Jugendwerk Brookmerland
Tel 0 49 34-80 42 57 Fax 0 49 34-78 27
www.klassenfahrt-nordsee.de info@klassenfahrt-nordsee.de

Lenhard Bonna, Lehrer bei der Promethean GmbH: Die Integration von mobilen Endgeräten ist wichtig.

Flüchtlingsbeschulung und die vielen Fragezeichen

Karsten Krüger

■ Immer mehr Flüchtlinge kommen nach Bremen, darunter natürlich auch viele schulpflichtige Kinder. Den Schulen, Lehrkräften, Eltern und Mitbestimmungsgremien können keine verlässlichen Zahlen oder konkrete Planungen vorgelegt werden. Die Vorkurslehrkräfte in Bremen müssen oft improvisieren.

Die Organisation der Flüchtlingsbeschulung wird für die Bildungsbehörde zu einem immer größeren Problem. Zu Schuljahresbeginn hat Bildungssenatorin Claudia Bogedan die Einstellung von 75 zusätzlichen Lehrkräften für Vorkurse angekündigt. Schon zwei Wochen später teilte die Behörde mit: Die Zahlen sind überholt. Fast gleichzeitig wurde gemeldet: Allein für den Bereich der berufsbildenden Schulen sollen noch in diesem Jahr 60 neue Vorkurse eingerichtet werden. Dazu werden aber qualifizierte Lehrkräfte und ausreichend Unterrichtsräume gebraucht. Die Umsetzung ist genauso ungewiss wie eine ausreichende Finanzierung der dringend notwendigen Maßnahmen. Gewiss dagegen ist, dass die Arbeit für die Organisatoren und Planer im Rembertiring bis auf weiteres turbulent bleiben wird, denn die Anzahl schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher, die nach Deutschland flüchten, steigt unvermindert an. Nach Berechnungen der GEW Bremen müssen für etwa 3600 schulpflichtige Flüchtlinge, die in diesem Jahr erwartet werden, umgehend nicht nur die 80 geplanten, sondern zusätzliche 90 Vorkurse eingerichtet werden. Und dafür werden mindestens 150 neue Lehrkräfte gebraucht. Gewerkschaft und Personalrat Schulen haben deshalb darauf hingewiesen, dass eine unzureichende Personalausstattung bei der Flüchtlingsbeschulung die Gesamtsituation an Bremer Schulen weiter verschlechtern würde. Denn nach einem Jahr Vorkurs sollen die Flüchtlingsschüler in den Regelklassen weiter unterrichtet werden.

Kritik kommt auch vom Verein Fluchtraum Bremen. »Für viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) endet mit 18 Jahren die Schulpflicht. Sie können oft nicht richtig Fuß fassen, wenn dann die Fördermaßnahmen enden«, sagt Mitarbeiterin Bettina Grotjahn. Sie wünscht sich ein Bildungs- und Förderkonzept für die Zeit nach der Schule.

Die Schulen, an denen bereits Vorkurse eingerichtet sind, müssen häufig improvisieren. An der Oberschule Findorff werden seit November 2013 Flüchtlingskinder unterrichtet. »Wir haben einen Besprechungsraum freigeräumt und hatten so einen Klassenraum. Unsere Vorkursleiterin Mariam Leithe-Alkhazan hat SchülerInnen im Alter von zehn bis 16 Jahren, darunter auch Analphabeten. Einen Alphabetisierungskurs gibt es aber bei uns im Stadtteil nicht. Sie muss deshalb stark differenzieren, um allen gerecht zu werden«, sagt Johanna Boomgaarden, Leiterin des Zentrums für unterstützende Pädagogik (ZuP). Sie ist froh, dass die Islamwissenschaftlerin mit Migrationserfahrung an ihrer Schule ist. »Sie ist sehr flexibel, macht viel Projektarbeit und ist zu den Schülerinnen und Schülern wie eine zweite Mutter.«

Ihre wissbegierigen VorkursschülerInnen – viele kommen aus Syrien und Osteuropa – haben schon im Altersheim gelesen, Interviews in der Schule geführt und den Film »Mein 1. Jahr in Deutschland« produziert.

Leithe-Alkhazan hat einen Vertrag bei der Stadtteilschule, aber keine Chance auf eine unbefristete Anstellung bei der Bildungssenatorin, da sie keine ausgebildete Lehrerin ist. Der Unterricht in ihrer Klasse mit sehr unterschiedlichem Bildungsniveau macht ihr Spaß, aber er ist oft auch nicht einfach. »Das eine Jahr bis zum vorgeschriebenen Wechsel in die Regelklasse ist meistens viel zu kurz. Das schaffen nur die Leistungsstärkeren.« Die Bildungslücken bei vielen ihrer Kinder seien nicht annähernd zu schließen, sagt die engagierte Vorkursleiterin. »Einige können bald den Mittleren Schulabschluss schaffen, andere können überhaupt nicht lesen und schreiben.« Bevor der Unterricht und das Deutschlernen starten kann, muss ich häufig erstmal intensiv Beziehungsarbeit leisten.«

Ähnliche Erfahrungen hat auch die Wilhelm-Kaisen-Oberschule in Bremen-Huckelriede mit Vorkursen gemacht. ZuP-Leiterin Helene Brandt-Bogert betont, dass in der Flüchtlingsklasse sehr stark differenziert werden muss. »Wenn wir zwei Vorkurse hätten, wäre das ein bisschen einfacher.« Sie kritisiert auch das zu geringe Angebot. »20 Stunden in der Woche sind zu wenig. Und ein Jahr ist zu kurz. Viele Flüchtlingskinder schaffen den Wechsel in die Regelklasse nicht. Beim Übergang besteht häufig eine Hemmschwelle.« Brandt-Bogert wünscht sich deshalb eine zusätzliche Begleitung für betroffene Vorkurs-SchülerInnen.

Gute Laune im Vorkurs an der Oberschule Findorff.

Am 6. Bremer Oberschultag von GEW und GGG am 23. Juni 2015 diskutierten über 110 Pädagog*innen und Eltern über die bisherige Entwicklung der Oberschule und ihre weitere Perspektive. Wir dokumentieren hier in Auszügen Reden und einige Protokolle.

6. Bremer Oberschultag

Reden und Berichte

Kai Reimers

Karlheinz Koke

■ Kai Reimers, Fachgruppe Oberschule

»Bremen hat mit dem neuen Schulgesetz 2009 das im Prinzip noch aus dem Kaiserreich stammende drei- bzw. viergliedrige Schulsystem überwunden und ein Zweisäulensystem aus Oberschulen einerseits und Gymnasien andererseits eingeführt. Heute haben wir an den meisten Oberschulen eine weitaus höhere soziale Durchmischung als früher. An vielen Oberschulen lernen Akademikerkinder und sozial benachteiligte Kinder- und Jugendliche Seite an Seite. Wir sprechen vom gemeinsamen Lernen in heterogenen Lerngruppen. Diese Schulentwicklung zum längeren gemeinsamen Lernen in Bremen stößt keineswegs nur auf Gegenliebe weder bei den politischen Parteien, noch in der Elternschaft und auch nicht in den Schulkollegien. Dazu kommt, dass die schulische Praxis wie immer weitaus widersprüchlicher ist, als das im Schulgesetz verankerte Modell. Denn: Auch nach dem Bremer Schulkonsens und der Einführung der Oberschule und der Auflösung der Förderzentren besteht in Bremen ein Schulwesen, das Schüler nach der Grundschule auf drei verschiedene Schulformen verteilt:

- an die Gymnasien und Privatschulen
- an die Oberschulen mit angeschlossener Oberstuf
- an die Oberschulen ohne angeschlossene Oberstufe.

Gucken wir uns das Anwahlverhalten der Elternschaft an, so stellen wir fest, dass die bildungsnahen Elternhäuser, die für ihre Kinder das Abitur wünschen, nahezu ausschließlich Privatschulen, Gymnasien oder eben die Oberschulen mit angeschlossener Oberstufe wählen. Dagegen mangelt es den Oberschulen ohne angeschlossener Oberstufe zunehmend an Kindern mit Gymnasialempfehlung. Das heißt einzelne dieser Oberschulen vor allem in sozial benachteiligten Stadtteilen entwickeln sich schon wieder zu Restschulen. Wir haben an einigen dieser Oberschulen und in einigen Klassen erzieherische Problemlagen, die einen halbwegs geordneten Unterricht kaum noch möglich machen, geschweige denn das Erreichen der Lehrplanziele und die keiner der hier Anwesenden, mich eingeschlossen, seinen eigenen Kindern zumuten würde. Wir haben also auch heute noch in Bremen trotz des Schulgesetzes von 2009 ein Schulsystem unterschiedlicher, d.h. ungleicher Bildungschancen. Wenn wir heute auf dem 6. Bremer Oberschultag gemeinsame darüber beraten, wie sich die Bremer Oberschule verbessern und weiterentwickeln lässt, dann sollten wir eines nicht vergessen: Die einzige Perspektive eines Schulsystems, die einer demokratischen Gesellschaft würdig ist und die allen Schülern zumindestens vergleichbare Bildungschancen und soziale Teilhabe gewährt, ist die der einen Schule für alle. Die Oberschule ist und bleibt nur eine Etappenlösung.«

Karlheinz Koke, GGG

»Das halbe Dutzend ist voll, die ersten acht Oberschulen werden in diesem Jahr ihre Schüler mit Abschlüssen verabschieden bzw. sie mit in die Oberstufen nehmen. Wir haben Sechs Jahre Oberschul-Entwicklung begleitet. Wenn ich sagte, mitgestaltet, wäre das sicherlich eine Übertreibung. Eher könnte man sagen, wir haben den Koll. Impulse gegeben. Damit ist ja auch schon einiges erreicht worden. Heute wollen wir ebenfalls versuchen, Ihnen Anregungen für Ihre tägliche Arbeit in den Schulen zu geben. (…) Der Focus liegt also auf sechs Jahren Oberschule, quasi einer Bestandsaufnahme. Wir wollen aber nicht bei der kritischen Reflexion stehenbleiben, sondern auch Perspektiven entwickeln, obwohl das Prozesshafte und Revisionsbedürftige des Organismus‹ Schule immer schon konstituierend für ihn ist.

Ein Begriff ist zur Zeit in Umlauf, der wie in einem Brennglas viele unterschiedliche Facetten von Schularbeit vereint, nämlich »Kultur«. Nicht die bürokratische Bedeutung wie Kulturreferat oder Kultusministerium ist gemeint. Die neuen Wortzusammensetzungen und -schöpfungen mit »Kultur« beleuchten alle unter einem speziellen Blickwinkel den jeweiligen Sachverhalt, wie: Schulkultur (eine AG heute), kulturelle Vielfalt, Kultur der Nationen, Willkommenskultur, Kulturschwärmer (unter diesem Namen ein Projekt an der Oberschule Leibnizplatz), interkulturelle Kommunikation, (sogar: spät- post- moderne Kultur der Angst) bis multi-culti etc. Es herrscht fast ein inflationärer Gebrauch des Begriffs ›Kultur‹, aber nur scheinbar, denn jedes Wort besitzt eine eigene Wertigkeit und spezifische Bedeutung. Der Begriff ›Kultur‹ beinhaltet eine Offenheit anderen gegenüber, eine Zugewandtheit, von Respekt getragen, die keine vorgefasste Meinung zulässt. So bedeutet ›cultus‹ ursprünglich (abgeleitet) bebauen, aber auch hegen, pflegen. Es gibt auch noch das Gartengerät »cultivator« mit dem der Boden bearbeitet wird. Für uns leiten wir daraus ab: wir bereiten den Boden für unsere Schüler, immer wieder neu, behandeln sie pfleglich, um ihre Entwicklung und die der Schule insgesamt, und zwar demokratisch, voranzubringen. Dann können wir immer besser und effektiver das Realität werden lassen, was umschrieben ist mit dem Satz: »Keiner bleibt zurück.«

Aus den AG-Protokollen: Ganztagsoberschule

Gruppe 1 widmete sich dem Thema »Wie kann der Ganztag eine Oberschule stärken?« und untersuchte den positiven Einfluss von Ganztagselementen auf die Oberschularbeit. Es wurden Fragen zur / Rhythmisierung / Gestaltung der Mittagspause / Arbeit im multiprofessionellen Team (vor allem mit Sozialpädagoginnen und -pädagogen und pädagogische

Mitarbeiter/-innen) / Nutzung der zusätzlichen Ganztagsstunden und verschiedener Möglichkeit ihrer Verteilung auf alle Jahrgänge / Arbeit in Kooperationspartnerschaften diskutiert und Beispiele aus der Praxis von den Teilnehmenden vorgestellt. Die Arbeit wurde in ihrer positiven Stimmung von den Teilnehmenden als konstruktiv erlebt, da Strukturen klarer wurden, neue Ideen den Blick über den Horizont erweiterten und durch die Darstellung der sehr verschiedenen Schulsituationen auch der eigene Standort deutlicher wurde. Gruppe 2 stellte sich die Frage »Was bedeutet Inklusion im Ganztag?« In der Diskussionsrunde zeigte sich, dass es an einigen Schulen noch große Unsicherheiten bezüglich der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten insbesondere von Lehrerinnen und Lehrern sowie Sonderpädagoginnen und -pädagogen im gemeinsamen Einsatz gibt. Es wurde in der Gruppe sehr deutlich aufgrund der verschiedenen Professionen, wie wichtig es ist, die gegenseitigen Interessen und Bedürfnisse zu verstehen und möglichen Vorurteilen durch einen intensiveren Austausch und gemeinsamen Planungszeiten entgegenwirken zu können, z. B. mit einer neuen Präsenzzeitstruktur. Fazit: Ein gemeinsames Inklusionsverständnis aller Beteiligten muss geschaffen werden und die Basis für den Schulalltag sein. Konsens bestand im Übrigen darüber, dass Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der inklusiven Oberschule im Sinne einer »Schule für alle« sehr viel besser lernen können. Die Betrachtung der Herausforderungen und Möglichkeiten einer inklusiven Oberschule durch die Teilnehmenden konnte angesichts der begrenzten Zeit nicht vollständig erörtert werden. Der Bedarf an einem intensiven Austausch mit dem Wunsch nach konstruktiven Lösungsansätzen zeigte sich umso deutlicher. Die Betrachtung des Ganztages als Ressource für die Gestaltung der Inklusion war in der Diskussion sekundär. Die Umsetzung der Inklusion in der Oberschule wird weiter ein zentrales Thema für die Schulentwicklung bleiben.

AG 3: Soziale Arbeit in der Oberschule

In Bremen arbeiten viele verschiedene Schulsozialarbeiter/innen an den Schulen. Einige sind bei dem Land Bremen angestellt, andere arbeiten für einen Schulverein, weitere sind für einen Jugendhilfeträger tätig. Eine Zusammenarbeit ist von Personen und persönlichen Kontakten abhängig, es fehlen schulübergreifende Strukturen und gemeinsame Standards. Wie kann Soziale Arbeit an Schulen entwickelt werden? Was brauchen wir? (Zeit, finanzielle Ausstattung, feste Zuweisung von Schulsozialarbeiter/innen, Rahmenkonzept und Aufgabenbeschreibung, konstante pädagogische Mitarbeiter/innen, Kooperationszeiten, Flexibilität, persönliche Gestaltungsmöglichkeiten, Verlässlichkeit, Mindestausstattung an Personal, Schulsozialarbeit an allen Schulen)
Was können wir tun? Wir fordern: Transparenz in der Stundenzuweisung, Schulsozialarbeit in die Bildungspläne, Entscheidung für ein Konzept, inhaltliche Arbeitsbeschreibung, Abbau prekärer Beschäftigung, Anfrage an die Bremische Bürgerschaft zu den nicht im öffentlichen Dienst Beschäftigten Schulsozialarbeiter/innen, keine weiteren Einsparung im Bildungsressort.

AG 4: Theatrale Formen in der Arbeit mit Schwerpunktklassen Inklusion

Zur theatralen Arbeit in einer Schwerpunktklasse Inklusion gibt es den Artikel »Nach halber Strecke: Eine Profilklasse ›Theater‹ 5-10 als Schwerpunktklasse Inklusion‹« in der Zeitschrift »Spiel & Theater«, Heft 195, April 2015, Deutscher Theaterverlag Weinheim.
http://www.dtver.de/downloads/leseprobe/10495.pdf

AG 6: Verschiedene Formen von Lernentwicklungsberichten

Thema der AG war es die verschiedenen Modelle von Lernentwicklungsberichten (LEB), die es an Bremer Schulen gibt, unter den Gesichtspunkten von

- Individuelle Lernentwicklung (Was kann der Schüler?)
- Lernstandsrückmeldung in Bezug zum Referenzrahmen (Was müsste der Schüler können?)
- Verständlichkeit für Schüler, Eltern und Lehrer und
- dem Zeitaufwand zu betrachten.

Hierbei wurde schwerpunktmäßig das aktuelle Verfahren für LEB über MyFuNe, die angestrebte Neuauflage dieser Version und die individuelle Form der OS am Leibnizplatz betrachtet. Daneben gab es Anregungen ganz anderer LEB-Modelle aus dem Bundesgebiet.

AG 7: Erfahrungen und Probleme beim Aufbau der Oberstufe

Der verminderte Übergang aus der Sek. I wegen des Wegfalls von Übergängern aus den ehemaligen Schulzentren nach dem 9. Gy-Jahrgang wird noch ein bis zwei Jahre dauern. Daher sollten keine ad-hoc-Entscheidungen bezüglich der künftigen Standorte gefällt werden. Unterfrequenzen müssen großzügig toleriert werden. Die Eröffnung neuer Oberstufen verbietet sich in dieser Situation. Zum Erhalt der kleinen Fächer sind Absprachen der Region erforderlich. Vermehrte Wahlfreiheit hat in diesem Falle für die SchülerInnen den Preis, dass sie für bestimmte Kurse in die Nachbarschule fahren müssen. Die Gestaltung der Profile muss in Absprache regelmäßig überprüft werden.
Ein ausgearbeitetes Förderkonzept für die E-Phase und für den Übergang in die Q-Phase ist unerlässlich. Dabei nimmt auch in der Sek. II die Sprachförderung einen herausgehobenen Platz ein, u.a. auch die Förderung der Schriftsprachen-Kompetenz. Hierfür werden weitere Förderkapazitäten benötigt. Die didaktischen Konzepte für die E-Phase müssen der angewachsenen Heterogenität der SchülerInnenschaft angepasst werden. Um den Übergang insbesondere von den Oberschulen ohne Oberstufe zu erleichtern, muss die stufenübergreifende Kooperation mit diesen Schulen verbessert werden. Zur Verbesserung der Absprachen wären moderierte Regionalkonferenzen, ähnlich den Verteilungskonferenzen der Grundschulen, sinnvoll.

Bundeskongress der GGG (Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens) in Bremen: »Kulturelle Vielfalt – der Schlüssel zur Welt«
02. bis 14.11.2015, Oberschule am Leibnizplatz
Programm und Anmeldung unter: ggg-bund.de

Der Vorbereitungsdienst belastet stärker als vermutet

Anne-Sophie Rosati, Marie Drüge, Karin Schleider

■ Eine aktuelle Studie der PH Freiburg hat die Merkmale und Ausprägungen psychosozialer Belastungen bei Referendar/innen untersucht. Dabei wurde erforscht, mit welchen Belastungen sie im Vergleich zu Lehrkräften und anderen Berufen zu kämpfen haben und welche gesundheitlichen sowie psychischen Folgen sie zeigen.

Die Wissenschaft hat sich schon oft mit den Belastungen des Lehrberufs, mit seinen Ursachen, Bedingungen und Folgen (z.B. Burnout) auseinandergesetzt. Schaarschmidt (2004) zufolge zeigt kein anderer Beruf vergleichbar kritische Belastungsverhältnisse auf. Vor allem die zweite Phase der Lehrerausbildung – das Referendariat – wird psychosozial als sehr belastend gesehen. Mit dem Beginn des Referendariats kommen vielfältige Anforderungen auf die Lehramtskandidaten/innen zu. Es müssen zahlreiche Kompetenzen der Bereiche Unterrichten, Erziehen, Beurteilen und Innovieren (Kultusministerkonferenz, 2004) erworben und erprobt werden, um die neuen Aufgaben zu bewältigen. Diese Übergangsphase von der Hochschule in die berufliche Praxis wird häufig mit dem sogenannten »Praxisschock« beschrieben (Klusmann et al., 2012) und wird als sehr belastend beschrieben. Viele der Referendar/innen brechen den Vorbereitungsdienst ab und beenden ihre Berufslaufbahn (ebd.). Umso erstaunlicher ist es, dass sich mit dieser Thematik bislang nur sehr wenige Untersuchungen (Christ/van Dick/Wagner, 2004; Klusmann et al., 2012) befasst haben.

Aus diesem Grund wurde an der Abteilung für Beratung, Klinische Psychologie und Gesundheitspsychologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg eine Studie durchgeführt, welche die Merkmale und Ausprägungen psychosozialer Belastungen bei Lehramtsanwärtern/innen erhebt und Zusammenhänge zu deren Folgen aufzeigt (Drüge/Schleider/Rosati, 2014).

An der Studie aus 2013 nahmen 342 Referendar/innen aus den staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung, der Lehrämter Grund- und Hauptschule, sowie des Lehramts für Realschule, in Baden-Württemberg teil. Die angehenden Lehrkräfte nahmen von Januar bis Mai 2013 an einer Onlinebefragung mit dem Messinstrument Copenhagen Psychosocial Questionnaire (COPSOQ, www.copsoq.de) teil und beantworteten spezifische Fragen zu ihrer Arbeit, dem Arbeitsumfeld und ihrem momentanen Gesundheitszustand. Mit dem gleichen Messinstrument wurden bereits über 54.000 Lehrkräfte in Baden-Württemberg sowie weitere Berufe untersucht (Nübling u. A., 2012). Diese Daten wurden mit denen der Referendar/innen verglichen, um Aussagen über das Maß der Belastung und der daraus resultierenden Folgen treffen zu können.

Wie bewerten die angehenden Lehrkräfte ihre beruflichen psychosozialen Belastungen?

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Referendar/innen insgesamt berufstypische Belastungsaspekte aufweisen. So zeigen die angehenden Lehrkräfte in der Gegenüberstellung mit den Vergleichsgruppen in den Bereichen »Anforderung«, »Soziale Beziehungen und Führung« und »Unsicherheit des Arbeitsplatzes« in vielen Skalen deutlich höhere Werte. Bei der Einschätzung der Anforderungen liegen die Werte aller vier Skalen in diesem Bereich bei den Referendar/innen ausnahmslos über den Werten der Vergleichsgruppen. Höhere Werte sind dabei gleichzustellen mit erhöhten Anforderungen. Drei Skalen stechen dabei besonders hervor: die »quantitativen Anforderungen«, die »emotionalen Anforderungen« und die »Unvereinbarkeit von Berufs- und Privatleben«. Alle drei Skalen haben einen großen Einfluss auf die psychische Gesundheit. Die starke gefühlsbezogene Belastung, die dem Lehrberuf und dem Referendariat zugeschrieben wird, kann somit durch die Ergebnisse bestätigt werden. Hingegen widerlegen die Befunde die Mutmaßung, dass sich im Lehrberuf Freizeit und Arbeitszeit besser miteinander vereinbaren lassen, als bei anderen Berufen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der »Unsicherheit des Arbeitsplatzes«. Die Referendar/innen sind deutlich unsicherer was ihren Arbeitsplatz anbelangt als die gleichaltrigen Vergleichsgruppen anderer Berufsbranchen. Dies ist ein deutlicher Nachteil, da eine große Sicherheit des Arbeitsplatzes Burnout-Symptomen entgegenwirkt (Nübling u.A. 2012). Bei den »soziale Beziehungen und Führung« erzielen die Anwärter/innen bei fünf der Skalen (Rollenkonflikte, Rollenklarheit, soziale Unterstützung, soziale Beziehungen und Gemeinschaftsgefühl) die schlechtesten Werte aller Vergleichsgruppen. Da sich das Ausmaß an sozialer Unterstützung positiv auf Beanspruchungsfolgen auswirkt, kann davon ausgegangen werden, dass diese positiven Einflüsse bei den angehenden Lehrkräften geringer ausfallen.

Im Bereich »sozialen Beziehungen und Führung« weisen Referendar/innen auch auf einigen wenigen Skalen positive Werte auf: So zeigen sich bei den Skalen zu »Feedback« und »Führungsqualität« die besten Werte innerhalb der Gruppen und gerade die Führungsqualität zählt zu den Faktoren, die eine hohe positive Bedeutung für das psychische Wohlbefinden haben. Ebenfalls gute Werte weisen die Referendar/innen bei der Bewertung ihrer »Einfluss- und Entwicklungsmöglichkeiten« auf. Die hohen Werte dieser vier Skalen können positiv beurteilt werden. Besonders erwähnenswert sind die Werte für die »Entwicklungsmöglichkeiten« und die »Bedeutung der Arbeit«, die tatsächlich deutlich günstiger als bei den Vergleichsgruppen ausfallen. Diese Ergebnisse legen eine positive Einstellung zum Beruf nahe, was sich wiederum günstig auf die Gesundheit auswirkt und einen deutlichen strukturellen Vorteil gegenüber anderen Berufen darstellt. Zusammenfassend lassen sich in den meisten Bereichen deutliche Nachteile, aber durchaus auch einige Vorteile feststellen.

Bedenkliche Werte bei den Folgen der Beanspruchung

Ein weiteres Ziel der Studie war es, die Folgen der Beanspruchung zu ermitteln. Dafür wurden den Teilnehmer/innen speziell Fragen zu Arbeit und Gesundheit gestellt. Erfragt wurden zum Thema Arbeit, wie häufig an Berufsaufgabe gedacht wird und wie hoch die Zufrieden mit der Arbeitssituation ist. Zum Thema Gesundheit standen der allgemeine Gesundheitszustand, das Burnout-Syndrom, sowie die kognitiven Stresssymptome und die Lebenszufriedenheit im Fokus. Bei drei der fünf erfragten Folgen weisen die Referendar/innen die schlechtesten Werte aller zum Vergleich herangezogenen Gruppen auf.

Die ungünstigen Werte bei den Fragen zu den »kognitiven Stresssymptomen« wie auch denen zum »Burnout-Syndrom« zeigen, dass die angehenden Lehrkräfte deutlich stärker belastet sind. Die gewonnenen Daten lassen sich mit denen der Lehrerbelastungsforschung vergleichen, die Ausprägungen sind jedoch in fast allen Punkten noch negativer zu beurteilen. Erfreuen sich Lehrer/innen einer höheren »Arbeitszufriedenheit« und »Lebenszufriedenheit« gegenüber anderen Berufen (Nübling u. A., 2012), so gilt dies nicht für die angehenden Lehrkräfte. Sie liegen gleichauf mit der Vergleichsgruppe der Gleichaltrigen. Der schlechte Wert bei den »Gedanken an Berufsaufgabe« deckt sich mit hohen Abbruchquoten zwischen erstem Staatsexamen und Berufseinstieg von rund 20 Prozent. Neben den emotionalen Anforderungen, der Unvereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und der Bedeutung der Arbeit, die als Prädikatoren für schlechtere Werte bei den Folgen identifiziert werden konnten, zeigt sich bei den Folgen ein stimmiges, aber eher negatives Bild.

Fazit

Insgesamt weist die Studie darauf hin, dass der Vorbereitungsdienst für die angehenden Lehrkräfte eine Phase darstellt, die mit starken Belastungen einhergeht. Vor allem die alarmierenden Werte bei den Folgen der Beanspruchung zeigen aus unserer Sicht, dass Handlungsbedarf besteht. In diesem Zusammenhang ist auch die geplante Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung im Vorbereitungsdienst sehr kritisch zu betrachten. Eine solche Maßnahme könnte zu einer weiteren Erhöhung der Belastungen führen. Angehende Lehrkräfte sollten während der zweiten Phase der Lehramtsausbildung angemessen unterstützt werden: Neben einer möglichen Entlastung durch eine Verringerung der Unterrichtsverpflichtung, wie von der GEW gefordert, sollten Maßnahmen der Prävention und Intervention geplant, umgesetzt und evaluiert werden. So haben sich zum Beispiel Formen berufsbezogener Beratung in außerschulischen pädagogischen Kontexten (vgl. Drüge, Schleider, Färber, 2013) sehr bewährt. Denn nur gesunde Lehrkräfte tragen auf Dauer zu einer gesunden Schule bei und nur so kann Bildung eine zentrale Ressource bleiben.

Anne-Sophie Rosati, M.A. Erziehungswissenschaften
Marie Drüge, Dipl.-Psych., akademische Mitarbeiterin
Karin Schleider, Prof., Dr., Dipl.-Psych., Sonderpäd., Abteilung für Beratung, Klinische Psychologie und Gesundheitspsychologie an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.

www.ph-freiburg.de/psychologie/abteilungen/beratung-klinische-und-gesundheits-psychologie/home.html

aus: bildung und wissenschaft 4/2015 (GEW Baden-Württemberg)

Literatur

Christ, O./van Dick R./Wagner U. (2004): Belastung und Beanspruchung bei Lehrern in der Ausbildung. In A. Hillert/E. Schmitz (Hrsg.).: Psychosomatische Erkrankungen bei Lehrerinnen und Lehrern. S. 113-119). Stuttgart: Schattauer.

Drüge, M./Schleider, K./Färber, S. (2013): Supervision als Präventionsmaßnahme bei psychosozialen Belastungen im Kontext pädagogischer Berufe – Eine qualitative Pilotstudie. Prävention. 79-83.

Drüge, M./Schleider, K./Rosati, A.-S. (2014). Psychosoziale Belastungen im Referendariat –Merkmale, Ausprägungen, Folgen. Die deutsche Schule, 4-2014, 358-372.

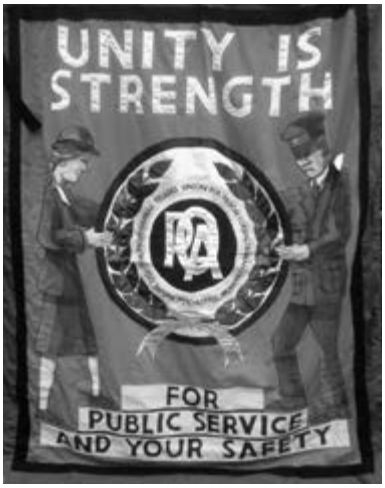
Klusmann, U./Kunter, M./Voss, T./Baumert, J. (2012): Berufliche Beanspruchung angehender Lehrkräfte: Die Effekte von Persönlichkeit, pädagogischer Vorerfahrung und professioneller Kompetenz. In: Zeitschrift für Pädagogische Psychologie 26 (4), S. 275–290.

Kultusministerkonferenz – Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hg.) (2004): Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16.12.2004. Online abrufbar.

Nübling u.A. (2012): Personenbezogene Gefährdungsbeurteilung an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg: Erhebung psychosozialer Faktoren bei der Arbeit. Online abrufbar.

Schaarschmidt, U. (2004): Fit für den Lehrerberuf? Psychische Gesundheit von Lehramtsstudierenden und Referendaren. In U. Beckmann, H. Brandt/H. Wagner (Hrsg.): Ein neues Bild vom Lehrerberuf? Pädagogische Professionalität nach Pisa (100-115). Weinheim und Basel: Beltz.

Private Akutklinik für Psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen
SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!
Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen erfolgreichen und umfassenden psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Zwänge, Essstörungen, Erschöpfungssyndrom („Burn-Out"), Tinnitus
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe
Infos unter Telefon 02861/8000-0
Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
Fax 02861/8000-89 • **www.schlossklinik.de** • info@schlossklinik.de



Gewerkschaftsfestival in England

Christian Gloede, Katharina Krieger, Hilga Maria Pees

■ Vom 17.7.-19.7. hielt sich eine Gruppe von GewerkschaftskollegInnen aus Hamburg, Bremen und Bremerhaven in Tolpuddle, in der Nähe von Dorchester, in Dorset, Südengland auf, um an dem ›Martys‹ Festival‹ teilzunehmen. Dieses Festival wird jedes Jahr am dritten Wochenende im Juli von dem größten Gewerkschaftsdachverband in England, dem TUC, organisiert. Ausgesucht ist dieser kleine Ort auf Grund einer geschichtlichen Begebenheit, der bis heute für das Recht auf Bildung von gewerkschaftlichen Vereinigungen und der Repräsentation ihrer Stärke große Bedeutung zugemessen wird.

Im Jahre 1834 wurden sechs Landarbeiter aus Tolpuddle zu sieben Jahren Verbannung nach Australien verurteilt, weil sie sich zu Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen zusammengeschlossen hatten. Ihre Verurteilung führte zu solch einem massiven und bis dahin unbekannten Protest von gewerkschaftlich orientierten Arbeitern im ganzen Land, dass sie begnadigt wurden und schon nach drei Jahren aus ihrer Verbannung zurückkehren konnten. Ihnen zu Ehren ist am Rande von Tolpuddle ein Museum eingerichtet, das über ihre Geschichte und die Auswirkung auf die gewerkschaftliche Bewegung in England informiert. In Besinnung auf dieses historische Ereignis, zum Informationsaustausch und zur Bekräftigung des gewerkschaftlichen Kampfgeistes kommen jedes Jahr Hunderte von gewerkschaftlich engagierten Menschen mit Kind und Kegel aus allen Teilen des Landes zusammen.

Völlig unvorstellbar für ein deutsches DGB-Fest, ist das klar linksgewerkschaftlich, sozialistische Bekenntnis der Menschen dieses Festivals. In einer für die deutsche Gewerkschaftsbewegung undenkbaren, augenzwinkernden Lockerheit, wird sich hier auf T-Shirts, Plakaten und Buttons in derb-tiefgründiger Weise über die britische Politik – allen voran Maggie Thatcher als die Gewerkschaftszerstörerin angegangen und attackiert – ausgebreitet und ausgelebt!

Wunderschön das Nebeneinander der vielen linken Splitter- und Kadergruppen, die sich in ihren Analysen des Ist-Zustandes der Welt und insbesondere der Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens (und hier auch in ihren Zielen) völlig uneins zu sein scheinen, aber im gemeinsamen Feiern und ihrer Beharrlichkeit an den Infoständen einen sozialistisch-humanitären Grundkonsens zeigten. Politisch-kultureller Höhepunkt sicher auch der Auftritt von Billy Bragg »there is power in the union« (https://www.youtube.com/watch?v=f-PooyRvnxw), den einige von uns aufgrund der Abflugzeit selbst nicht mehr mit erleben konnten und auch die sehr politisch-ironische Auseinandersetzung u.a. mit der Merkelschen Europapolitik durch »Johnny + the Babtists«.

Mal abgesehen von Billy Bragg würde niemand so recht (nur) wegen der Musik kommen; allein: allen gemein war die offensive Aussage, links-gewerkschaftlich, politisch kommentierende Texte zu präsentieren. Ob das nun die girlie-Band aus London (The Tuts) oder Neck, die »London-Irish Psycho-Céilidh Rockers«…

Interessant auch, die verschiedenen Gewerkschaften kennenzulernen: NASUWT (National Association of Schoolmasters Union of Women Teachers) und NUT (National Union of Teachers) sind die beiden größten Gewerkschaften, die sich für Lehrer_inneninteressen einsetzen. Für die Sozialarbeiter_innen ist es unison (Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst in Great Britain). Und während sie sich in den Zeiten außerhalb des Festivals bekämpfen und um ihre Mitglieder buhlen, erleben wir hier in Tolpuddle eine offensive Einmütigkeit.

Ein Gewerkschaftsfestival der besonderen Art – einer von 1000 Orten, an denen man/frau mal gewesen sein muss. Die naiv-utopische Vorstellung, so oder ähnlich könnte mal ein 1. Mai in Deutschland ablaufen, trieb uns vor Rührung die Tränen in die Augen…

Nähert man sich diesem Ort, fällt als erstes die große Zeltstadt mit den vielen bunten Fahnen auf, die sich an einem Hügel entlang aufgebaut hat. Fast volksfestartig mutet dem Besucher das Treiben auf dem Gelände an. Für das leibliche Wohl ist ausreichend mit einem vielfältigen kulinarischen Angebot gesorgt. In weiteren Zelten werden Informationen von unterschiedlichsten Initiativen und Diskussionsrunden zu aktuellen gewerkschaftlichen Themen wie Bildungspolitik, Zukunft der Gewerkschaft in England, Fragen zum Verbleib in der EU etc. angeboten, Zwischendurch finden kurze kulturelle Veranstaltungen mit Musik und kleinen kabarettistischen Einlagen statt. Abends gibt es ein reichhaltiges musikalisches Programm. Der Höhepunkt dieser Veranstaltung findet am Sonntag statt, wenn die einzelnen gewerkschaftlichen Gruppierungen vom Museum aus mit ihren prunkvollen Bannern und Blasmusikkapelle in den Ort hinein- und wieder zurückmarschieren.

Alles in allem ist dieses Ereignis eine gute Möglichkeit in entspannter und aufgelockerter Atmosphäre, Kontakte zu knüpfen, Gespräche zu führen und einen kurzen Einblick in die gewerkschaftliche Arbeit in England zu gewinnen.

Buchtipps
Zusammengestellt von
Ingrid Emmenecker

Elin Lindell/Karsten Teich

Hannah mit nur einem H und eine Katze namens Hund

Ab 8 Jahren

Sauerländer-Verlag, Frankfurt 2015, 9,99 €

Hanna heißt eigentlich Hannah, aber wer will schon einen Namen mit so vielen Hs, vor allem, wenn die ganze Familie mit H anfängt. Außerdem fangen alle blöden Sachen mit H an: Halsweh, Hundekacke, Hausaufgaben – und Harry Hansson, der nervigste Junge der Klasse. Als dann auch noch Fußballstar Hermine in Hannas Mannschaft kommt und ihr die beste Freundin wegnimmt, muss Hanna endlich etwas unternehmen! Sie vergräbt Hermines Glücksunterhose im Wald – ausgerechnet vor einem wichtigen Fußballspiel. Jetzt müssen alle bei der Such helfen. Dabei finden sie nicht nur die Hose wieder, sondern auch alte und neue Freunde. Die Autorin lebt in Schweden, arbeitete als Journalistin, bis ihre Verlegerin sie bat, ein Kinderbuch zu schreiben. Das Buch wurde in Schweden sofort zu einem Riesenerfolg.

Mit der Silbenmethode lesen lernen für Leseanfänger

Geschichten für Tierfreunde

Duden-Fischer-Verlag, Frankfurt 2015, 7,99 €

Das Buch enthält zwei Tiergeschichten nach der Silbenmethode. Hinweise des Verlages:

- Schnelle Sinnerfassung und verbesserte Rechtschreibung durch farbige Silben
- Lesemotivation durch Erfolgserlebnisse
- Nach aktuellen Grundlagen der Leseförderung
- Von pädagogischer Fachberatung geprüft

Eine turbulente Geschichte für Kinder ab der 2. Klasse

Klassenfahrt mit Hindernissen

Duden-Fischer-Verlag, Frankfurt 2015, 7,99 €

Schlechte Nachrichten für die zweite Klasse: In der Jugendherberge hat es einen Wasserschaden gegeben. Fällt jetzt auch die Klassenfahrt ins Wasser? Nein, entscheiden die Kinder – auf ins Zeltlager! Es wird eine lustige und gruselige Zeit …

Hinweise des Verlages:

- Lesemotivation durch Erfolgserlebnisse
- Nach aktuellen Grundlagen der Leseförderung
- Mit Leserätseln und Lesezeichen als Lösungsschlüssel
- Zusätzliche Überraschung zum Downloaden
- Von pädagogischer Fachberatung geprüft

Ein speziell für Grundschulkinder gezeichneter Comic

Donner-Wetter! – Wissen für Kids zu Donner und Blitz

Der Comic klärt Grundschulkinder über die Gefahren von Blitzschlägen und das richtige Verhalten bei Gewitter auf. Im Sommer scheint nicht immer nur die Sonne, oft zucken dann auch gefährliche Blitze. Pro Jahr kommt es zu 800 Blitzunfällen in Deutschland, 100 Personen verletzen sich und fünf Menschen sterben. Besonders Kinder sind gefährdet, wenn sie beim Spielen im Freien von einem Gewitter überrascht werden. Wie sich Kinder bei Gewitter richtig verhalten und damit schützen können, erklären ihnen Laura, Basti und Linus im neuen Comic »Donner-Wetter: Wissen für Kids zu Donner und Blitz«, den der VDE-Ausschuss Blitzschutz und Blitzforschung jetzt herausgegeben hat. Der Comic kann unter www.donner-wetter.info kostenlos heruntergeladen werden. Auf dieser Webseite sind auch Bestellungen für gedruckte Exemplare – Einzelexemplare oder Sammelbestellungen für Schulklassen, Kindergruppen usw. – möglich. Eine App zum Comic wird in wenigen Wochen veröffentlicht. Erwachsene finden weitere Informationen unter www.vor-blitzen-schuetzen.eu

Langenscheidt Schulwörterbuch

Rund 55.000 Stichwörter und Wendungen

München 2015, 14,99 €

Der Verlag hat die Ausgaben (Englisch, Französisch und Latein) überarbeitet:

- Moderner Schul- und Lernwortschatz
- Mit Infotexten und Warnhinweisen bei Fehlerquellen
- Neu: Kommunikationstipps für SMS & Chats
- Ideal zum Auffrischen von Sprachkenntnissen

Neu: Das gesamte Wörterbuch als Gratis-App

- Kostenloser Download mit Code
- Alle englischen Stichwörter vertont
- Überall offline sekundenschnell nachschlagen

Keuner als Comic

Bertolt Brecht und Ulf K.

Geschichten vom Herrn Keuner

Suhrkamp Verlag, Berlin 2014, 18,99 €

Der Trend zu Comicversionen belletristischer Werke macht vor literarischen Kurzformen nicht Halt. In der Reihe »graphic novel« des Suhrkampverlages ist eine entsprechende Bearbeitung der »Geschichten vom Herrn Keuner« erschienen. Das hätte dem experimentierfreudigen und in Fragen geistiger Urheberschaft laxen Dichter Brecht wahrscheinlich gefallen. Vermutlich hätte er das Resultat aber an der Frage gemessen, was die bildliche Darstellung mit der parabolischen Kurzprosa macht: Illustriert, kommentiert oder interpretiert sie? Verdoppelt sie ggf. die allegorische Bildlichkeit oder fügt sie einen eigenen gedanklichen oder ästhetischen Gehalt hinzu? In dieser Hinsicht sind die Bildgeschichten von sehr unterschiedlicher Qualität. Ausgerechnet die Comicversion einer der berühmtesten Geschichten, nämlich »Das Wiedersehen«, erweist sich als schwach: Da der Zeichner Ulf K. außerstande ist, die Wendung »…sagte Herr K. und erbleichte« bildlich darzustellen, ist er paradoxerweise genötigt, das Visuelle in einen Sprechblasen-Text zu übersetzen. Andere Bearbeitungen leisten nicht viel mehr, als dass die äußere Handlung ins Bild gesetzt wird – Herr K. ist als Intellektueller mit großem Kopf und Nickelbrille zu sehen-, während das Wichtige der Originaltext in den Sprechblasen ist. Interessanter wird es dort, wo Ulf K. interpretiert: So lässt er es sich angelegen sein, in der Geschichte »K. und der hilflose Knabe« den in der Rezeption häufig negierten politischen Gehalt aktualisiert darzustellen. Am besten gefallen aber jene Bildgeschichten, in denen Ulf K. beginnt, mit den visuellen Elementen des Textes zu spielen: In »Herr Keuners Lieblingstier« verpasst er dem Protagonisten einen Rüssel und generiert aus dieser Grundidee hübsche zeichnerische Ideen. Für eine anregende Wiederbegegnung mit einigen der Keunergeschichten Brechts taugt der Band also allemal.

Sönke Landt

Neues Unterrichtsmaterial

DGUV Lernen und Gesundheit
www.dguv-lug.de
SEK II: Mikroplastik
Berufsb. Schulen: Hirndoping

Kinder aus Familien, die einen Staubsauger besitzen, lesen besser …

Hans Brügelmann
Vermessene Schulen – standardisierte Schüler
Zu Risiken und Nebenwirkungen von Pisa, Hattie, VerA und Co.
Beltz, Weinheim 2015, 19,95 €

In den 50er Jahren fand eine Studie heraus: Kinder aus Familien mit einem Staubsauger lesen besser als Kinder aus Familien ohne Staubsauger. Nun käme niemand auf die Idee, Leseschwierigkeiten mit dem Kauf eines Staubsaugers zu behandeln. Ein Fernsehverbot halten diesbezüglich aber viele für vernünftig. Dieses Buch greift eine Reihe ähnlicher Kurzschlüsse der aktuellen Bildungsforschung auf. Verständlich erläutert der Autor Chancen und Grenzen von Großuntersuchungen mit standardisierten Tests. Dabei warnt er eindringlich vor den Nebenwirkungen einer Evaluation von oben. Seine Forderung: Dialog und Unterstützung statt Autorität und Vorschrift.

Wie ist es um die politische Kultur eines Landes bestellt, in dem ein Begriff wie »Russlandversteher« zur Stigmatisierung und Ausgrenzung dient?

Gabriele Krone Schmalz
Russland verstehen
Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens
Beck-Verlag, München 2015, 14,95 €

Antirussische Vorbehalte haben in Deutschland eine lange Tradition und sind in zwei Weltkriegen verfestigt worden. Auch in der Ukraine-Krise lässt sich ihre Wirksamkeit beobachten. Tatsächlich aber ist nicht nur das Verhältnis zwischen Russland, dem Westen und der Ukraine vielschichtiger als die Medien suggerieren, sondern auch die russische Geschichte seit dem Ende des Kalten Krieges. Es liegt im Interesse der EU, Russland als Partner zu haben. Die Autorin ist überzeugt: Wer diese Chance vertut, riskiert, dass Europa im Machtkampf künftiger Großmächte zerrieben wird. Gabriele Krone-Schmalz war von 1897 bis 1991 Moskau-Korrespondentin der ARD und moderierte anschließend bis 1997 den ARD-Kulturweltspiegel. Sie ist Professorin für TV und Journalistik an der Hochschule Iserlohn.

Wie wir unsere Kinder mit Tests und Therapien zu Patienten machen

Dr. med. Michael Hauch
Kindheit ist keine Krankheit
Ein Kinderarzt empört sich
Fischer-Verlag, Frankfurt 2015, 14,99 €

Viele von uns kennen sicher noch die Zeiten, in denen beim Kinderarzt Krankheiten noch wirkliche Krankheiten waren: Bauchschmerzen, Kopfweh, Fieber, Masern, Husten … Heute kommen Eltern oft mit ihren Kindern (oft von Lehrern und Lehrerinnen unterstützt): Das Kind sei aggressiv, auffällig unruhig, aufmerksamkeitsgestört, hat Kontaktstörungen, ist verträumt … Und am besten sofort eine Therapie verschreiben! »Woher kommt überhaupt diese Angst der Eltern, dass ihr Kind nicht normal ist?« fragt der in Düsseldorf niedergelassene Arzt. »Hat es etwas damit zu tun, dass Eltern ihr Kind heute als Projekt betrachten, das ihnen um jeden Preis gelingen muss? Ist die Beziehung zwischen Eltern und Kindern so gestört, dass Eltern die Sorge um ihr Kind lieber an Ärzte und Therapeuten delegieren, anstatt auf eigene Intuition zu vertrauen, mit anderen Worten: ihrem Herzen zu folgen?«

»Ich wünsche diesem Buch von ganzem Herzen Erfolg!«

Stephane Hessel (Empört Euch!) in seinem Grußwort
Rudolph Bauer/Holdger Platta (Hrsg.)
Kaltes Land
Gegen die Verrohung der Bundesrepublik
Für eine humane Demokratie
Laika-Verlag, Hamburg 2012, 22,90 €

Das Buch versammelt Beiträge zur Bestandaufnahme des gesellschaftlichen und politischen Klimas in der gesamtdeutschen Bankenrepublik. In Fortsetzung der rot-grünen Agenda 2010 unter der Großen Koalition verantwortet die schwarz-gelbe Merkel-Regierung einen bisher ungekannten Grad sozialer Verrohung. Mit Blick auf die menschenverachtende Vollstreckung der Hartz-IV-Schikanen spricht der katholische Sozialethiker Friedhelm Hengstbach in diesem Buch von einem »Bürgerkrieg der politischen Klasse gegen die arm Gemachten.« Betroffene kommen mit ihren Erfahrungen zu Wort. Wissenschaftliche Autorinnen und Autoren plädieren für eine andere, eine menschengerechte Ökonomie in einer humanen Republik. Ein provokantes Buch, das sich nicht darauf beschränkt, nur anzuklagen.

Wunderwelt der Wörter:

Kristin Kopf
Das kleine Etymologicum – Eine Entdeckungsreise durch die deutsche Sprache
Klett-Cotta, Stuttgart 2014, 19,95 €
Das Adjektiv geil hat in den letzten Jahrzehnten eine steile Karriere gemacht: vom vulgären, moralisch anstößigen Wort, das sexuelle Erregtheit bezeichnet, zum allseits beliebten, wenn auch umgangssprachlichen Ausdruck der Begeisterung, wobei die alte Bedeutung nicht untergegangen ist. Aber was heißt hier alt? K. Kopf verfolgt die Geschichte des Adjektivs bis zurück ins (fiktive) Indogermanische, wo es als *ghoilos – moralisch wiederum völlig harmlos und mitnichten vulgär – »übermütig, lustig« bedeutete. Wie aber erklären sich Änderungen der Bedeutung oder der Lautung? Wie lässt sich eine Ursprache der indoeuropäischen Sprachfamilie rekonstruieren, für die es keine Belege gibt? Wie haben sich verschiedene Sprachen gegenseitig befruchtet? Die Beantwortung dieser Fragen erweist sich als ebenso lehrreich wie unterhaltsam: Der Leser lernt an prägnanten Beispielen viel, etwa über die beiden germanischen Lautverschiebungen, über das Vokaltrapez des Deutschen, über Euphemismen, Metaphern und Metonyme und über den Zusammenhang von Kausativa und Umlautbildungen, um nur einiges zu nennen. Dabei gelingt es der Autorin wie nebenbei, die komplexe linguistische Begrifflichkeit einfach und anschaulich zu erklären.
Sönke Landt

Frischluft

■ **Neue Bremer Tafelrunde**

Endlich Frischluft, auch in der Bildungsbehörde! Große Würfe sind angekündigt: »200 Lehrer an die Tafel« (Sieling)! Ja, an die Bremer Tafel, das hat was. Da wird was zusammengetafelt und hat doch einen faden Beigeschmack. Zumal für die edlen Whiteboards das Geld fehlt. Und so könnten »erst einmal 120 im nächsten Jahr, weitere 80 Stellen…mit vorhandenen Pädagogen besetzt werden. So gilt als denkbar, dass Schulleiter von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, sodass sie mehr Unterricht erteilen können.« (WK am 25.8. laut Bogedan) Also so schnell kommen die Neuen dann doch nicht zum Tafeln und wir hören schon die Schulleitungen jubeln,wenn sie endlich wieder mehr unterrichten dürfen. Aber passt das zum eventuellen Versuch die Schulen mehr eigenständig zu machen, sie sich selbst mehr ihren Schwierigkeiten zu überlassen? Und gibt es da nicht noch welche in der Behörde, die schon Jahre vor sich hindümpeln und gern wieder an der Tafel schuften wollen? Zum Beispiel nicht wieder gewählte Bürgerschaftsabgeordnete? Und wer will uns hier Bockmist als Duftstoff verkaufen? Frau Bogedan. Gewählt worden ist sie nicht, sie war der SPD-Spitze wohl irgendwie bekannt. Vom Tafeln?! Und da sie weder Erzieherin noch Lehrerin ist, noch irgendetwas mit Bildung zu tun hat, kann sie den Job sicher genau so gut ausfüllen wie Siegmar Gabriel, der Lehrer, seinen als Wirtschaftsminister. Politiker können eben alles – zumindest versprechen. Nach Jürgens-Piepers Rücktritt weicht auch Quandte-Brandt nach zwei Jahren und übernimmt ausgerechnet Gesundheit und nimmt Wissenschaft, die ja mit Bildung nichts zu tun hat, mit. Dafür kommt Bogedan und nimmt auch gleich die Kinder mit in's Boot. Die Jugendlichen kommen schon allein oder mit Frau Stahmann klar und die haben ihre Bildung ja auch hinter sich. Stahmann hat dann Jugend und Rentner, Mäurer Inneres und Sport, Umwelt und Häuser, Justiz und Kunst, Dick und Doof, Tünnes und Schäl. Bremen ist innovativ und immer gern ganz vorn. Da fällt auseinander was zusammen auch nicht geht. Wir freuen uns schon auf die Zusammenarbeit vom Kita-Bereich mit den Grundschulen. Die wird Frau Bogedan neu strukturieren und natürlich mit entsprechenden Ressourcen ausstatten. Da muss es doch Verantwortliche mit neuen, tollen Jobs geben, sonst wird das nichts. Aber sie hat das Amt übernommen, da wird schon noch Geld da sein. Zur Not Tafelsilber. Irgendwo, irgendwie, irgendwann! Denn wir bleiben ein Notlageland im Ausnahmezustand und Ausnahme kommt doch von ausnehmen. Und das wird man uns auch weiterhin.

Wilfried Meyer

Ausbildungsreport 2015: Ausbildung besser machen!

■ Fast 40 Prozent (38,1) der Auszubildenden leisten regelmäßig Überstunden, und zwar im Schnitt 4,3 Stunden je Woche. Über 15 Prozent bekommen dafür keinen Ausgleich, obwohl dies vorgeschrieben ist. Knapp ein Drittel aller Auszubildenden (31,1 Prozent) wird nicht regelmäßig von ihren Ausbildern betreut. Und selbst im dritten Ausbildungsjahr wissen immer noch mehr als 44 Prozent nicht, ob sie nach der Ausbildung übernommen werden. Dies sind einige Ergebnisse des DGB-Ausbildungsreports, den die DGB-Jugend nun im zehnten Jahr infolge vorstellt. Themenschwerpunkt sind diesmal Azubis mit Migrationshintergrund. Sie haben nicht nur einen schlechteren Zugang zur dualen Ausbildung. In gut bewerteten Berufen sind sie auch deutlich unterrepräsentiert.

Gut 27 Prozent der befragten Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund. Sie sind in den Ausbildungsberufen mit den besten Bewertungen deutlich unterrepräsentiert: Nur knapp über 14 Prozent von ihnen zählen zu den angehenden Bankkaufleuten oder Mechatronikern. Überdurchschnittlich stark vertreten sind Migranten dagegen in jenen Berufen, die bei der Bewertung der Ausbildungsqualität tendenziell schlechter abschneiden: Jede/r Zweite lernt Zahnmedizinischer Fachangestellter, gefolgt von 40 Prozent in der Friseurausbildung.

Außerdem finden Migranten viel seltener ihre Wunschausbildung. Und: Knapp ein Viertel (22,4 Prozent) von ihnen wurde aufgrund von Herkunft oder Staatsangehörigkeit in der Ausbildung schon einmal benachteiligt.

Auch wenn die meisten Auszubildenden (71,5 Prozent) mit ihrer Ausbildung zufrieden sind – es gibt erhebliche Unterschiede: Mechatroniker, Industriekaufleute und Zerspanungsmechaniker sind über Durchschnitt zufrieden. Unverändert große Mängel gibt es im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzelhandel, Lebensmittelhandwerk und bei Zahnmedizinischen Fachangestellten.

An der repräsentativen Befragung haben sich 18.627 Auszubildende aus den laut Bundesinstitut für Berufsbildung 25 häufigsten Ausbildungsberufen beteiligt.

»Männer«

»Viele erfolgreiche Männer haben keinerlei sichtbare Qualifikation außer der, keine Frau zu sein.«

»Männer nehmen die Welt nicht wahr, weil sie glauben, sie seien die Welt.«

Virginia Woolf

»Wenn man Männern Arbeit abnimmt, fügen sie sich ohne Umständlichkeiten.«

Eleonore Duse

Theaterpädagogik:

Di 6.10. 17-19 Uhr Jour Fixe, Treffpunkt Kleines Haus
Di 3. 11. 17-19 Uhr Jour Fixe, Treffpunkt Kleines Haus
Sa 7. 11. 15-16 Uhr Kindermatinée Pünktchen und Anton, Treffpunkt Kleines Haus
Di 10.11. 17:30 Einführung für LehrerInnen zum Stück »Pornografie«, mit anschließendem Probenbesuch, Foyer Kleines Haus
Mi 11.11. 17:30 Uhr Einführung für LehrerInnen zum Stück »Pünktchen und Anton«, mit anschließendem Probenbesuch, Foyer Kleines Haus

MOKS

Di 13.10. 10:30, Mi 14.10. 10:30, Do 15.10. 10:30, Fr 16.10. 10:30. Sa 17.10. 16:00: Wunderbrut 6+ MOKS

AWB

»Anzeigen Werbung Berghorn«
Tel.: 0421-4919033 Info unter:
www.awb-bremen.de

»Die Shakespeare Company«

16.10.2015, 19.30 Uhr, **»Doktor Faustus«**, von Christopher Marlowe, Premiere.
17.10.2015, 19.30 Uhr, **»Doktor Faustus«**, mit Einführung um 19.00 Uhr.
18.10.2015, 19.30 Uhr, **»Theater Pschyrembel spielt Franz Kafka«**. Zwei Einakter.
19.10.2015, 19.30 Uhr, **»Prunk und Pleite einer Unternehmer-Dynastie«**, Szenische Lesung: Konkurs der Nordwolle und Bankenkrise 1931.
20.10.2015, 19.30 Uhr, **»Schachnovelle«**, Figurentheater mit Livemusik, ab 14 Jahren.
22.10.2015, 19.30 Uhr, **»Shakespeare Surreal«**, Florian Oberlechner und das Ensemble »Flow Job«.
24.10.2015, 19.30 Uhr, **»WasserGeräusch«**, Benefiz-Vorstellung für die Unterstützung von Flüchtlingen in Bremen.

Info: Tel.: 0421-500333.

belladonna

www.belladonna-bremen.de
Oktober/November 2015

17.10.2015, 11-15.00 Uhr, **»Rhetorik und Körpersprache«**. Kurs: auch am 27.10./03.11./10.11./17.11.2015, jeweils von 18.30-20 Uhr.
02.11.2015, 18.30-21.30 Uhr, **»Öffentlichkeitsarbeit für Kreative«**. Kurs: auch am 09.11./16.11./23.11.2015.
19.11.2015, 18-20.00 Uhr, **»Bei der Nachbarin zu Gast«**. Interkultureller Austausch. Mit Halime Cengiz und Maren Bock.

www.belladonna-bremen.de **Info: Tel.: 0421-703534.**

Debeka Krankenversicherungsverein a.G.

map-report 3/2015 Debeka Krankenversicherungsverein a.G. mmm für langjährige hervorragende Leistungen

Eine große Gemeinschaft bietet Schutz

Sie suchen eine optimale Vorsorge für den Krankheitsfall? Kostengünstig, leistungsstark, individuell, zuverlässig? Dann werden auch Sie Mitglied bei Deutschlands größtem privaten Krankenversicherer.
Mehr als 2,1 Millionen Vollversicherte profitieren bereits von den hervorragenden Leistungen der Debeka.

anders als andere

Landesgeschäftsstelle Bremen
Ostertorstraße 36
28195 Bremen
Telefon (04 21) 3 65 03 - 0

www.debeka.de

Debeka

GEW Landesvorstand Bremen · Bahnhofsplatz 22-28 · 28195 Bremen
Postvertriebsstück · ZKZ 70871 DPAG · Entgelt bezahlt

Mitgliederversammlung Stadtverband Bremen – Bereich Schule –

Dienstag, 13. Oktober 2015, 18.00 Uhr
Aula des Alten Gymnasiums
Kleine Helle 7
• Bericht des Vorstandes
• Aufstellung der Liste zur Personalratswahl

Jubilarehrung des Stadtverbandes Bremerhaven

Mittwoch, 04. November 2015, Strandhalle

Jubilarehrung des Stadtverbandes Bremen

Dienstag, 10. November 2015, 16.00 Uhr
Hotel Cortyard by Marrioit
Theodor-Heuss-Allee 2

Delegiertenversammlung Stadtverband Bremerhaven

Mittwoch, 11. November 2015, 16.00 Uhr
Gewerkschaftshaus Bremerhaven

Stadtverband Bremen

November 2015

12.11.15	**Päd. Mitarbeiterinnen** 17.00 Uhr, Personalrat Schulen
23./24.11.15	**Bremischer Gewerkschaftstag** DGB Haus Tivoli Saal
24.11.15	**AK Berufsbildende Schulen** 17.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen

Seminare

50 Plus – Schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?
Schulentwicklung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtungen sind einige der Probleme, die insbesondere älteren KollegInnen zu schaffen machen. In diesem Seminar besteht die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen über diese Entwicklungen zu sprechen und kollektive Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dieses Seminar bietet so konkrete Hilfen, die Belastungen des Arbeitsalltags abzubauen und Kraft zu tanken für den weiteren Berufsweg.
Mi. 04.11, 16 Uhr - Fr. 06.11.2015, 13 Uhr
Bad Zwischenahn,
Bildungsstätte Bad Zwischenahn
Leitung: Cornelia Ölund
Kostenanteil: 30 € incl. Ü/V
(Nicht-Mitglieder 100 €)
Kooperationsseminar mit Arbeit und Leben Bremen e.V.

Seminar für Personalausschüsse
Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Personalausschüsse? Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit/zum Personalrat aus? Wie gehen wir mit Konflikten um? Welche Unterstützung brauchen wir? Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der Personalausschüsse diskutiert.
Dienstag 10.11.2015, 9-16 Uhr
Bremen, DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22-28
Leitung: Ima Drolshagen,
Mitglieder des PR-Schulen
kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 20 €)

Herausforderung Inklusion
Die inklusive Schule ist eine der wesentlichen bildungspolitischen Forderungen der GEW. Ihre Umsetzung stellt hohe Anforderungen an Bildungspolitik, Bildungsverwaltung und auch an die einzelnen Kolleginnen und Kollegen. Im Seminar betrachten wir die konkrete Entwicklung, bieten Raum für Austausch und Informationen und entwickeln Forderungen und Eckpunkte einer kritischen Begleitung.
Fr. 20.11., 15.30 Uhr - Sa. 21.11.2015, 13 Uhr
Bad Zwischenahn,
Bildungsstätte Bad Zwischenahn
Leitung: Siebo Donker
Kostenanteil: 20 € incl. Ü/V
(Nicht-Mitglieder 80 €)
Kooperationsseminar mit Arbeit und Leben Bremen e.V.

Im Ausland unterrichten?!
Die Option, für einige Jahre ins Ausland zu gehen, gehört zu den wenigen Möglichkeiten für Lehrer, sich einmal in einem ganz anderen Arbeitsfeld auszuprobieren. Welche Vermittlungschancen man hat und welche veränderten Aufgaben und neuen Lebensbedingungen auf einen zukommen, darüber informiert die GEW über ihre Arbeitsgruppe der Auslandslehrer (AGAL).
Samstag 28.11.2015, 10 - 13 Uhr
Bremen, DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22-28
Leitung: Franz Dwertmann
kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 10 €)
in Kooperation mit der GEW Niedersachsen

Jeden Tag auf der Bühne!
Lehrer_innen und Erzieher_innen stehen jeden Tag auf der »Bühne« vor einem anspruchsvollen Publikum. In diesem Seminar erforschen wir die »Bühnengesetze« und schauen uns die Alltagssituationen von Menschen in pädagogischen Berufen aus einer neuen Perspektive an: Wie viel Zeit nehme ich mir, bevor ich anfange zu sprechen? Wo stehe ich im Raum um möglichst präsent zu sein? Wie dringe ich energetisch und stimmlich zu meinem »Publikum« durch ohne mich zu sehr anzustrengen? In welcher Körperhaltung begegne ich einem Vorgesetzten und was ist die Wirkung?
Samstag 28.11.2015, 10.30-17.30 Uhr
Bremen, Etage Tanz und Bewegung (Nähe HBF)
Leitung: Mirjam Dirks
Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung
(Nicht-Mitglieder 40 €)